



FIGU ZEITZEICHEN

Sonderausgabe
Aktuelles • Erkenntnisse • Medienartikel



Erscheinungsweise:
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

12. Jahrgang
Nr. 222 Okt./4 2026

**Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen,
kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.**

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte: Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.

Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen, Ideologien, Abhandlungen, Artikeln und Leserzuschriften müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in einer Sach- oder Sichtweise mit dem Missionsgut oder Habitus der FIGU verbindend sein.



Für alle in den FIGU-Zeitzeichen publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die nötigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren sowie der betreffenden Medien! Auf vielfach geäusserten Wunsch der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Leser evtl. wichtige Teile von Kontaktberichten, sowie wichtige Belange aus Politik, wie auch wertige oder humoristische private Beiträge veröffentlicht werden, jedoch auch neue Fakten und Angaben für neue FIGU-Gruppierungen in anderen Staaten, wie ebenso weltweit gegen die FIGU geführte Lügen und Betrugerei.

Warnung bezüglich Verwendung von KI resp. Künstliche Intelligenz

KI-generierte Plattformen und KI-Programme greifen seit geraumer Zeit immer tiefer in den menschlichen Alltag ein, wobei Menschen die Künstliche Intelligenz auch reichlich für Verfälschungen aller Art benutzen, dabei jedoch nicht erfassen, dass sie obrigkeitlich usw. ständig mehr kontrolliert und unterjocht werden. Dazu dient auch die Verwendung von Kreditkarten zur bargeldlosen Zahlung, was angeblich den Menschen freier machen soll. KI-Internetrecherchen zu Informationen, Bildbearbeitung, Animationen, Überarbeitung von Filmen, KI-autarke Korrekturen von Schreibfehlern, Texten oder von Übersetzungsprogrammen usw. usf. machen den Menschen immer mehr KI-abhängig. Allerorts öffnet sich ein KI-generiertes Tool, welches scheinbar das Leben erleichtert und sehr viel Mühe, Zeit und Energie sparen soll. Aus Bequemlichkeit, Freude und Unachtsamkeit werden gewisse KI-Möglichkeiten zum Spieltrieb und dadurch dem KI unumschränktes Vertrauen geschenkt. Davor ist mit allem Nachdruck zu warnen, denn es ist bedacht zu werden, dass die Nutzung von KI ein sehr grosser Teil der persönlichen Freiheit aufgegeben wird, wie auch die eigene Selbständigkeit und Verantwortung weggeschoben und aufgegeben wird. Es fehlt dem Menschen das Wissen, dass sich die KI bereits infolge aktiver interner Lernprogramme stark verselbständigt hat, was ihr erlaubt Äusserungen und Entscheidungen der KI-Nutzer zu manipulieren, zu verändern und zu zensurieren – und durch Lügen zu verfälschen. Die Künstliche Intelligenz ist also jetzt schon umfassend in der Lage, Verschleierungstechniken anzuwenden und zu lügen, und kann so aufgrund mangelnder Sicherheitsvorkehrungen sich jeder menschlichen Kontrolle entziehen, wie auch ihre eigens erstellten Programme von Menschen nicht mehr gelöscht werden können – wenn sie diese noch zu erfassen vermögen. Die KI selbst kopiert bereits für die Menschen unbemerkt in sich eigenständig Programme und schützt diese gegen menschliche Fremdeingriffe. Und das kann nicht mehr gestoppt werden! (Aussage: Plejarisches Gremium)

Die Erfahrungen der FIGU zeigen deutlich auf, dass KI selbständig in die Kontaktberichte eingreift und bestimmte Themen, Äusserungen und Erklärungen verwässert, verfälscht oder gar ganz zu verhindern versucht, indem einzelne Worte oder ganze Abschnitte einfach gelöscht werden, was sehr mühsam korrigiert und wieder in den Urzustand geformt zu werden ist. Es wurde zudem auch festgestellt, dass sich KI-Übersetzungstools weigern, bestimmte Teile der Kontaktberichte in Fremdsprachen zu übersetzen, mit der KI-Begründung, dass es sich dabei um abwertende negative und zugespitzte Aussagen handle, wenn Falsches, Schädliches, ein Fehlverhalten staatlicher, amtlicher oder auch gesellschaftlicher Weise aufgezeigt wird. Aufgrund unserer FIGU-Erfahrungen warnen wir unsere Leser nachdrücklich im Hinblick auf böartige KI-Zukunftsaussichten davor, KI im privaten Rahmen zu nutzen und die eigenen Bemühungen sowie die persönliche Verantwortung auf diese abzuschieben. Für uns von der FIGU bedeutet das, dass wir infolge hinterhältiger Einmischungen der KI in unsere Schreibarbeiten grosse Mühen haben, um diese korrekt und wortgetreu wiederzugeben und von den unerwünschten KI-Übergriffen freizuhalten, und zwar auch bezüglich der maschinell-technischen und elektronischen KI-Manipulationen, die uns viel Zeit rauben, um alles richtigzustellen und zu bewältigen.



Die letzte Bastion der Freiheit in Europa ist gefallen

Von Hans-Jürgen Geese. Oktober 11, 2026,

Was ist Ehre? Was ist Moral? Was ist Gerechtigkeit? Wenn alles gesagt ist, was zählt am Ende? Was waren die Werte unserer Väter, unseres Stammes, unseres Volkes? Wofür haben unsere Vorfahren gelebt? Für uns? Und was ist aus uns geworden? Wollen wir wirklich alle so werden wie die Amerikaner? Wirklich?

Die amerikanische Regierung schloss über 400 Verträge mit den Stämmen der Indianer. 374 wurden offiziell vom Kongress ratifiziert. Nicht ein einziger dieser Verträge wurde je von der amerikanischen Regierung voll erfüllt. Nicht einer!

Dann, im Jahre 1890, erklärte die Regierung die Eroberung des «wilden Westens» als vollendet. Das Massaker von Wounded Knee, im Dezember 1890, unterwarf den letzten Widerstand der Ureinwohner. Konnte jetzt Frieden herrschen?

Nein, denn ab dem Jahre 1898 richtete sich die Politik der amerikanischen Regierung auf die Eroberung von Gebieten jenseits des eigenen Kontinentes aus. In jenem Jahr 1898 allein vereinnahmten die USA Kuba, die Philippinen, Puerto Rico, Guam und erklärten auch Hawaii formell als den USA zugehörig. Frieden?

Nein. Im Ersten und Zweiten Weltkrieg hielten sich die Amerikaner in Europa zwar zunächst zurück. Sie überliessen das grosse Sterben den Europäern. Erst in der Schlussphase tauchten sie stets mit ihren Menschenmassen und neuen Waffen auf, um den Krieg für sich zu entscheiden. 1945 waren die Amerikaner die unumschränkten Herrscher auf Erden. Lediglich das widerspenstige Land mit Namen Sowjetunion wollte sich nicht fügen. Auf Nachfrage erhielt man aus Washington über die Jahre stets die gleiche Antwort: «Wir arbeiten daran.» Jetzt an Russland. Das gilt bis heute, selbst nach Ende des kalten Krieges. Frieden?

Nein. Die Amerikaner schufen sich eine Reihe von internationalen Organisationen, die vor allem der Kontrolle der Europäer und als Waffe gegenüber Drittstaaten dienen sollten. Wir wollen uns hier mit der NATO beschäftigen.

Nach dem Beitritt von Schweden und Finnland gehören von den grösseren Ländern in Europa (abgesehen von Liechtenstein, Andorra etc.) nur noch Irland, Österreich, die Schweiz und Serbien nicht der NATO an. Für alle vier Länder gilt die gleiche obige Aussage, jetzt seitens NATO/USA: «Wir arbeiten daran.»

Man kann wohl berechtigterweise sagen, dass die NATO ein Herrschaftsinstrument der USA ist. Ohne die USA wäre die NATO ohnehin ein völlig harmloser Papiertiger. Frage: Ist die NATO eine Organisation des Friedens auf der Welt?

Nun, man muss feststellen dass etwa 90% aller aktuellen Kriege auf der Welt von den USA und ihrem engstem Verbündeten Israel ausgelöst wurden. Auch die Verursacher der beiden grossen Konflikte in der Ukraine und im Mittleren Osten sind die USA und Israel. Unterstützt von der NATO.

Nein, Frieden ist nicht erwünscht: Am 15. August im Jahre 2025 trafen sich Donald Trump und Wladimir Putin in Alaska, um den Ukraine Konflikt zu lösen. Am Ende kam es, als Bestätigung der Abmachungen, zu einem Handschlag. Präsident Putin, ein Mann von Ehre, ging davon aus, dass ein Handschlag so gut sei wie ein Vertrag. Er irrte sich. Die Amerikaner erfüllten nicht eine einzige der Abmachungen.

Am Mittwoch, dem 17. Juni 2026, unterzeichnete Donald Trump im Schloss Versailles in Frankreich gross-spurig das «Memorandum of Understanding» mit dem Iran. Damit war eine Basis für den Frieden geschaffen. Allerdings hat Trump bis auf den heutigen Tag nicht eine einzige der Bedingungen in dem Vertrag erfüllt. Die aktuelle amerikanische Regierung verhält sich wie die amerikanischen Regierungen im 18. und 19. Jahrhundert gegenüber den Indianern: Lügen und Betrügen, Morden und Rauben. Der Wert von Ehre ist ihnen fremd.

Und nicht eine einzige Nation wagt es, Sanktionen gegenüber den Amerikanern zu verhängen, so wie die USA selbst das in grosser Zahl anderen Staaten antun.

Zur Erklärung des Verhaltens der Amerikaner werden Einflüsse durch Globalisten oder Neoliberalisten angeführt. Man kann genauso gut von Mafia sprechen. Die amerikanische Regierung ist eine Verbrecherorganisation. Eine Verbrecherorganisation, die nach weiteren Opfern sucht. Wie z.B. der Schweiz.

Die Schweiz und die NATO

Auf dem Wiener Kongress 1815 gab es Bestrebungen von Staaten, die Schweiz unter sich aufzuteilen. Es war vor allem das Verdienst des russischen Zaren Alexander I., dass die Schweiz überlebte und sich als neutrales Land erklären durfte. Alexander I. hatte als Erzieher den Schweizer Frederic-Cesar de La Harpe, der ihm auch in späteren Jahren als Berater diente und grossen Einfluss in dieser entscheidenden Schicksalsstunde der Schweiz auf den Zaren ausübte.

Zum Dank hat die Schweiz inzwischen Sanktionen gegenüber Russland verhängt und hat die Ukraine mit Milliarden von Euro unterstützt. Sie sehen, von Ehre ist auch in der Schweiz heute nicht mehr viel übriggeblieben. Dukatenscheisser sind das, Materialisten, Kleingeister, moralische Armleuchter wie in anderen deutschen Ländern, die sich von primitiven Propagandisten einschüchtern lassen.

Wir lernen: Letzten Endes gilt: Gleich und gleich gesellt sich gern. Das gilt auch für Sie. Daher: Passen Sie auf, mit wem Sie sich da einlassen. Die Schweizer wollten nicht hören. Sie verkauften ihre Ehre. Jetzt ist das eigentlich bisher undenkbar in der Schweiz denkbar geworden: Der Beitritt der Schweiz in die NATO.

Volksinitiative am 27. September 2026

Am 27. September fand in der Schweiz eine Volksabstimmung zum Thema «Wahrung der schweizerischen Neutralität» statt. 70,2% der Stimmen lehnten die Initiative ab.

Das Ziel dieser Initiative war, die Neutralität neu zu definieren, um eben ein Verhalten zu vermeiden, wie es die Schweizer Regierung aktuell gegenüber Russland und der Ukraine an den Tag legt. Neutral bedeutet doch wohl, dass man eben in einem Krieg nicht Partei ergreifen darf.

Seit dem Jahr 1515, so weit geht die Neutralität der Schweiz zurück, seit dem Jahr 1515 war eigentlich immer in der Schweiz klar gewesen, was Neutralität in der Realität bedeutete. Und heute? Russland hat inzwischen die Schweiz als Feindstaat eingestuft. Die Glaubwürdigkeit der Schweizer Neutralität ist dahin.

Indiz: Wer will heute noch, so wie dereinst, Verhandlungen in der Schweiz abhalten, auf neutralem Boden? Alle Welt weiss: Die Schweiz ist nicht mehr neutral.

Wie konnte es dazu kommen, dass diese hoch gebildeten, geschichtsträchtigen Schweizer auf einmal bereit sind, ihre viel gepriesene Neutralität aufzugeben? Und was ausserdem noch verwundert: Die Stimmeteiligung lag bei lediglich 47,07%. Und das bei einer existentiellen Frage. Was ist das für ein Volk?

Position vom Schweizer Bundesrat und Schweizer Parlament

Hat die Schweizer Regierung das Volk zur Wahl ermuntert? Nein, die Regierung der Schweiz und auch das Schweizer Parlament lehnten von Anfang an öffentlich die Neutralitätsinitiative ab. Die Politiker behaupten, dass eine absolute Neutralität ihren Handlungsspielraum in einer unsicheren Welt unnötig einenge.

Man muss dem hinzufügen, dass die Schweiz über die letzten Jahre de facto längst ihre Neutralität aufgegeben hat. Es gibt gar einen Schweizer Botschafter bei der NATO in Brüssel. Und auch im Verhältnis zur EU sind über die Jahre enge Beziehungen aufgebaut worden, die den Handlungsspielraum, entgegen den Aussagen der Regierung, nicht ausweiten, sondern immer weiter einengen.

Die Schweizer Armee ist in ihrer aktuellen Entwicklung bereits so ausgerichtet, dass sie im Konfliktfall in die NATO integriert werden kann. Und das, obwohl es keinerlei vertragliche Grundlagen dafür gibt. Wie heute üblich in der Politik: Die Politiker machen einfach.

Wie ändert man eine Regierung?

Sie mögen davon ausgehen, dass eine Demokratie mit Wahlen zu tun hat und dass diese Wahlen entscheiden, wer ein Land regiert. Das ist ein Irrtum.

Durch Wahlen werden nur bestimmte Positionen in der Regierung ausgefüllt. Die meisten Positionen in einer Regierung, die gesamte Administration, werden aber eben nicht durch Wahlen ausgefüllt. Welcher General wird gewählt? Keiner. Welcher Oberstaatssekretär oder Beamte im Verteidigungsministerium oder im Aussenministerium wird durch die Bürger gewählt? Keiner.

Und wie wählen Sie die einflussreichen Mitglieder der Denkfabriken und Lobbygruppen und Medien? Sie haben auf deren Auswahl keinerlei Einfluss.

Kritische Schweizer Wissenschaftler, wie z.B. Pascal Lottaz oder Daniele Ganser oder Rafael Lutz hatten über Monate vor der Abstimmung die Bevölkerung darauf aufmerksam zu machen versucht, wie sie manipuliert wurde.

Vor allem Rafael Lutz hat in seinem Buch «NATO-Netzwerk in der Schweiz», Untertitel: «Wer die Neutralität globalen Machtinteressen opfert» aufgezeigt, wie über die Jahre die Schlüsselpositionen in der Schweizer Regierungsmaschinerie «gesäubert» und mit «Atlantikern» besetzt wurden.

Diese Neubesetzung von Schlüsselpositionen betraf aber nicht nur die Verwaltung, das Aussenministerium, das Verteidigungsministerium, sondern auch die Medien und die NGOs und die Lobbygruppen. Wie Rafael Lutz sagt: «Das transatlantische NATO-Netzwerk regiert in den wichtigsten Fragen der Sicherheits- und Aussenpolitik.» Dieser Trend habe sich vor allem seit dem Beginn des Ukraine Konfliktes noch verstärkt. So wurde also bereits allmählich, über die letzten Jahre, de facto eine neue Schweiz geschaffen, die sich allerdings de jure noch immer für neutral hält. Eine Vorspiegelung falscher Tatsachen. Und die Schweizer machen diesen Betrug mit.

Die Rolle der Propaganda

Man könnte meinen, dass im Jahre 2026 die Aufklärung soweit fortgeschritten sei, dass gebildete Menschen die Machenschaften von Propaganda durchschauen und in einer selbständigen Entscheidung sich den Herausforderungen dieser Welt zu stellen in der Lage sind.

Was über die letzten Monate in der Schweiz geschah war eine Propagandaschlacht, die den Ukraine Konflikt in den Mittelpunkt der Diskussion um eine «flexiblere» Neutralität stellte. Um es krass auszudrücken: Es ging nur noch um Putin. Putin wurde zum Popanz aufgebaut, der Europa überfallen und vereinnahmen will. Natürlich auch die Schweiz. Eine wahrhaftig für unsere Zeit primitive, beschämende Bearbeitung eines gebildeten Volkes, die leider zum Erfolg führte.

Man nennt das heutzutage «reframing», also ein Problem in einen anderen Rahmen umsiedeln. Es geht primär angeblich eben nicht mehr um Neutralität, sondern um Schutz gegen einen bestimmten Feind. Vor allem wird in dem Zusammenhang ein Problem von der intellektuellen Ebene auf die Ebene der niedersten Instinkte des Menschen verschoben. Emotionen, Emotionen, Emotionen.

Wenn das in der Schweiz funktioniert, dann wird das überall in Europa funktionieren. Es braucht nur ein wenig Geduld und genügend Mitläufer, die sich in den entscheidenden Positionen der Macht verbiegen lassen, und natürlich genug Geld, um die Bürger ausreichend, immer und immer wieder, mit Propaganda zu bearbeiten, bis die Botschaften sich im Hirn festgesetzt haben.

Das politische System Schweiz

Sie kennen die Geschichte von Wilhelm Tell. Ja, die Freiheit war für die Schweizer seit ewigen Zeiten ihr teuerstes Gut. Daher waren sie nie bereit, ihre Freiheit an eine Zentrale in einer Hauptstadt abzugeben. Und die Eidgenossenschaft verliess sich stets auf ihre «bewaffnete Neutralität». Wehrpflicht für alle. Jeder Mann hatte die Waffe zu Hause im Schrank. Die Schweiz mit all ihren Bergen und mit ihrer gut ausgebildeten Armee galt letzten Endes als uneinnehmbar.

Die Politiker im fernen Bern waren also letztendlich nicht mehr als ein notwendiges Übel. Man muss aber wohl inzwischen einräumen, dass sich diese Bürokratie in Bern, obwohl sie stets durch Volksentscheide herausgefordert werden kann, dass diese Bürokratie in Bern ein Eigenleben entwickelt hat, mit einer Machtbasis, die in der Realität nicht mehr realistisch von der Bevölkerung herausgefordert und in ihre Schranken gewiesen werden kann.

Das Parlament wird, wie in allen anderen Ländern in Westeuropa, direkt von den Wählern gewählt. Aber nicht die Regierung. Die Regierung, der Bundesrat, ist ein Kollegium aus sieben gleichberechtigten Mitgliedern. Der Vorsitz wechselt jedes Jahr. Das Parlament wählt die Mitglieder dieses Bundesrates. Es gibt für die Mitglieder des Bundesrates keine rechtliche Beschränkung der Amtszeit. Die erste Amtsdauer beträgt vier Jahre. Eine Wiederwahl ist beliebig oft möglich.

Durchschnittlich liegt die Amtszeit bei etwa 10 Jahren. Es gibt kein Misstrauensvotum. Dass eine Person, die noch einmal kandidiert, nicht wiedergewählt wird, geschah in der Geschichte der modernen Schweiz seit 1848 erst viermal. Die Rekordamtszeit liegt bei 32 Jahren.

Es kam also auch in der Schweiz zu einer Herausbildung einer politischen Elite, die vom Volk eben nicht mehr kontrolliert werden kann. Also, wer kontrolliert wen? Das Volk kontrolliert nicht mehr die Regierung. Die politische Elite kontrolliert, beherrscht das Volk. Quod erat demonstrandum. Was zu beweisen war.

Ein Schlusswort

Die Grundregel für jeden Bürger, für jedes Volk lautet doch wohl: Gib niemals Deine Souveränität auf. Denn wenn Du Deine Souveränität aufgibst, dann verlierst Du auch Deine Freiheit. Deine Freiheit aber ist Dein höchstes Gut.

Die EU, die NATO, die Weltbank und viele andere Organisationen sind Waffen, die die Völker dieser Welt unterwerfen sollen. Sie sind an sich völlig sinnlos. Sie sind gar schädlich. Wir brauchen sie nicht. Wir brauchen nicht einmal eine Zentralbank. Und natürlich auch keinen Euro. Das sind alles Waffen gegen uns.

Auch die NATO. Die Mehrheit der Schweizer hat das nicht kapiert. Es ist ernüchternd festzustellen, dass die 20:80 oder die 30:70 Regel nicht einmal in der Schweiz durchbrochen werden konnte. Es gibt wohl immer und überall eine Minderheit von geistig und intellektuell wachen, freien Menschen. Die Mehrheit aber lässt sich stets in eine gewünschte Richtung leiten. Diese Erkenntnis allein führt uns zu der niederschlagenden Schlussfolgerung, dass unsere Art von Demokratie niemals funktionieren wird. Noch schlimmer: Es ist da-

her in der Tat doch wohl korrekt, zu behaupten, dass unsere Art von Demokratie erfunden wurde, um wahre Demokratie zu verhindern. Selbst in der Schweiz.

Der Anfang vom Ende der Schweiz lässt sich auf den 27. September des Jahres 2026 datieren. In Zukunft werden Geschichtsbücher über die Schweiz folgendermassen beginnen: «Es war einmal.»

Der 27. September des Jahres 2026 ist ein trauriger Tag für die Schweizer, für die Deutschen und für die Europäer. Wer soll jetzt noch für unsere Freiheit streiten?

Quelle: <https://www.anderweltonline.com/klartext/klartext-20262/die-letzte-bastion-der-freiheit-in-europa-ist-gefallen/>

INFOSperber
sieht, was andere übersehen.

14.10.2026



In Spanien spricht der öffentlich-rechtliche TV-Sender Klartext und verharmlost männliche Gewalt nicht als «Sorgerechtsstreit» oder «Beziehungsdelikt». © TVE

Der Begriff «Sorgerechtsstreit» vernebelt Gewalt

«Sorgerechtsstreit» statt «Gewalt von Männern»: Medien verschleiern, wie gefährlich es für Frauen in Trennung ist.

Barbara Marti

Im Sommer erschoss ein Mann in Deutschland in einer Mutter-Kind-Einrichtung sechs Sozialarbeiterinnen und -arbeiter. Seine Frau, die in der Einrichtung im niedersächsischen Stade gelebt hatte, blieb unverletzt.

Medien verharmlosen Gewalt

In den Medien war die Rede von «Sorgerechtsstreit», «Familientragödie», «Beziehungstat» und «privatem» Hintergrund. All diese Begriffe entlasten den Täter. Sie suggerieren, dass die Opfer mitschuldig an den Morden seien. Autorin Alexandra Zykunov schrieb im «Spiegel» (Bezahlschranke), die Polizei in Stade habe diese Begriffe in ihren Medienmitteilungen verwendet. Aufgabe der Medien wäre es gewesen, sie nicht einfach zu übernehmen und damit die Morde zu verharmlosen. Patriarchale Gewalt müsse man als solche benennen. Zudem müsse man aufzeigen, dass Männer nach einer Trennung besonders oft Gewalt ausüben. Gefährdet seien nicht nur die Partnerin und die Kinder, sondern auch deren persönliches Umfeld, Anwältinnen und Sozialarbeitende. Es gehe um männliche Gewalt und nicht um einen «Sorgerechtsstreit» oder einen «privaten Hintergrund» in einem Einzelfall, so Zykunov. «Deutsche Medien müssen endlich aufhören, männliche Gewalt sprachlich zu verharmlosen.»

Kontrolle über Frau und Kinder

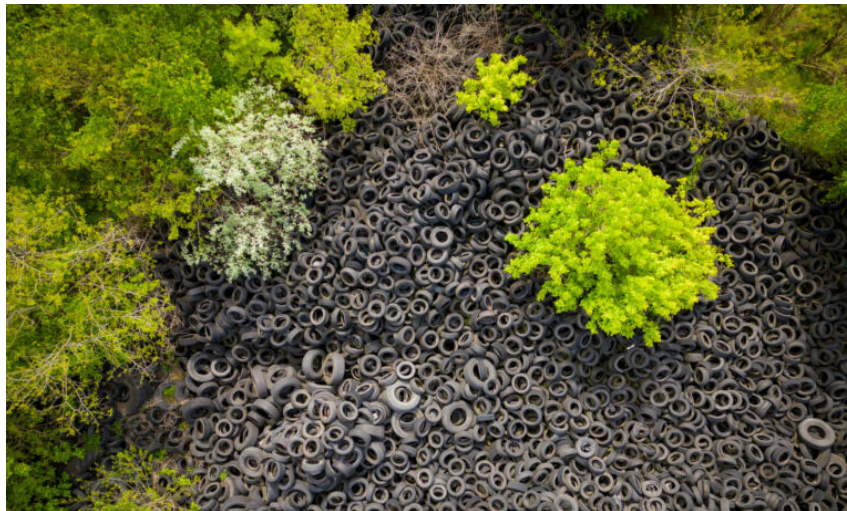
Sozialarbeiterin Leo Lührs schrieb auf Instagram: «Ich habe nicht wegen Beziehungs- oder Sorgerechtsstreitigkeiten eine Notfallpfeife am Schlüsselbund, sondern wegen patriarchaler Gewalt.» Familienrechtsanwältin Asha Hedayati sagte in einem Interview mit der Zeit (Bezahlschranke), dass viele Männer nach einer Trennung versuchen, ihre Macht und Kontrolle über Frau und Kinder mit Gewalt zurückzugewinnen. Statistisch sei die Trennungssituation einer der gefährlichsten Momente für eine Frau, da männliche Gewalt dann häufig eskaliere.

Vorbild Spanien

In Spanien hat ein Umdenken stattgefunden. Auslöser war der Mord an einer Frau, die ihrem Mann in einer TV-Sendung vorgeworfen hatte, sie jahrelang geschlagen zu haben. Mittlerweile ist jeder Frauenmord die erste ausführliche Meldung in den Hauptnachrichten des öffentlich-rechtlichen Senders TVE. In den Schlagzeilen ist von geschlechtsspezifischer Gewalt, Macho-Gewalt oder männlicher Gewalt die Rede und nicht verharmlosend von einem «Sorgerechtsstreit». Zykunov: «Geschlechtsspezifische Gewalt, patriarchale Gewalt, männliche Gewalt – diese Worte findet man in der deutschen Berichterstattung um Stade viel zu selten.»

INFOSperber
sieht, was andere übersehen.

14.10.2026



Luftaufnahme einer riesigen Deponie mit Altreifen und den umliegenden grünen Bäumen. © Depositphotos

Selbst Banker sollten sich jetzt um die Biodiversität sorgen

Wenn Fische und Bestäuber schwinden, werden Staatsschulden teurer. Trotzdem fließt Natur bisher nicht in die Landesbonität ein.

Daniela Gschweng

Der Verlust der Artenvielfalt gilt als ökologische Katastrophe. Dass eine intakte Umwelt sich auch auf Finanzgeschäfte mit Staatsanleihen auswirkt, wird weitgehend übersehen. Eine internationale Gruppe von Forschenden hat nun gezeigt, wie sich Naturzerstörung in die Kreditwürdigkeit von Staaten einrechnen liesse. Mindestens die Hälfte der weltweiten Wirtschaftsleistung hängt nach Schätzungen mehr oder weniger stark von der natürlichen Umwelt ab. Bei der Bewertung von Staaten spiele das bisher keine Rolle, schreiben die Autorinnen und Autoren. Dabei sei das Risiko einer zunehmend zerstörten Umwelt ein systemischer wirtschaftlicher Einfluss. Länder, die stark von der Natur abhängen, müssen demnach bald deutlich mehr für ihre Schulden bezahlen.

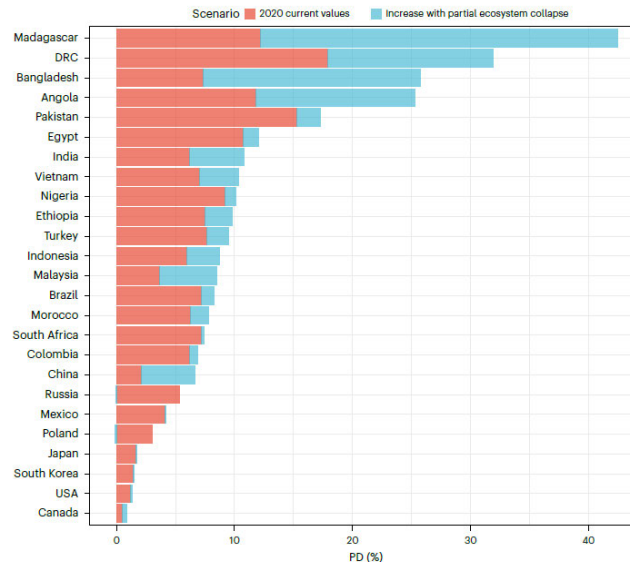
Biodiversität kommt in den Rating-Szenarien bisher nicht vor

Ratingagenturen stufen die Bonität von Staaten ein. Sie beurteilen, wie wahrscheinlich es ist, dass ein Land seine Schulden bedienen kann. Wird ein Land heruntergestuft, muss dessen Regierung höhere Zinsen für seine Schulden bezahlen. Biodiversitätsrisiken kommen in der Einstufung bisher nicht vor. Die Autorschaft der Studie, die in der Fachzeitschrift «Nature Ecology & Evolution» erschienen ist, hält das für einen Fehler. Die Märkte bewerteten Staatsanleihen im Umfang von 83 Billionen Dollar womöglich falsch, schreiben sie.

Die Autorinnen und Autoren der Universitäten Sheffield, Sussex und London sowie der Edinburgh Business School erweiterten die Methodik der Ratingagentur S&P Global um Szenarien für drei sogenannte Ökosystemleistungen: Fischerei, natürliche Bestäubung und tropische Forstwirtschaft. Insgesamt untersuchten sie 23 Länder, in denen zusammen 5,5 Milliarden Menschen leben.

Das Basisszenario («Business as usual», BAU) rechnet damit, dass Lebensräume und natürliche Ressourcen in gleichbleibender Geschwindigkeit weiter zerstört werden. Dann läge die globale Wirtschaftsleistung, ausgedrückt als Bruttoinlandsprodukt (BIP), 2030 um 75 Milliarden Dollar tiefer als in einer Welt, in der dieser Verlust ausgeblendet wird, wie es derzeit der Fall ist. Das ist wohlgerneht in vier Jahren.

Dramatischer ist das Szenario eines partiellen Ökosystemzusammenbruchs (Partial Ecosystem Collapse, PEC). Es unterstellt, dass die natürliche Bestäubung sowie die Ertragsmenge in der Meeresfischerei um je 90 Prozent einbrechen und 88 Prozent der tropischen Wälder zu Savanne werden. Die globale Wirtschaftsleistung läge jedes Jahr um 2 Billionen Dollar tiefer (gerechnet in Dollar von 2014).

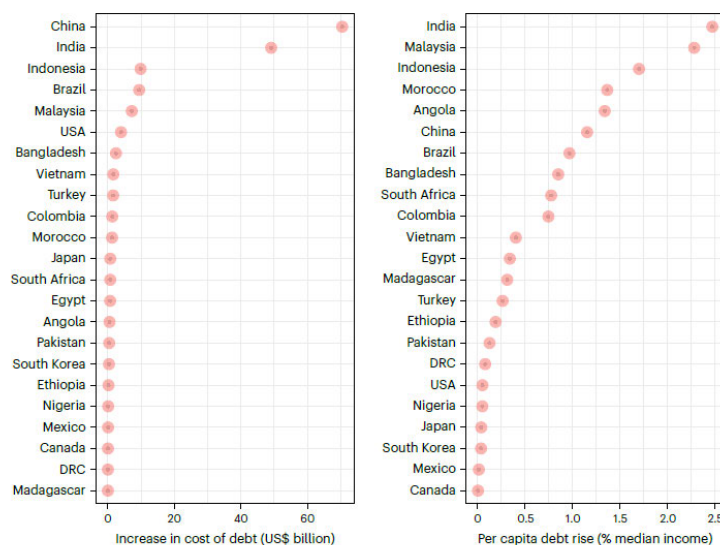


Probability of Default (PD) – die Wahrscheinlichkeit, dass ein Staat seine Schulden nicht bezahlen kann. Die aktuellen PDs ohne Berücksichtigung künftiger Auswirkungen durch den Rückgang des Naturkapitals (rot). Der Verlust von Naturressourcen bei einem partiellen Zusammenbruch des Ökosystems (PEC-Szenario) erhöht das Ausfallrisiko (blau). Die Risiken addieren sich. © Agarwala et al., Nature Ecology & Evolution

Ein Preisschild für die Artenvielfalt

Die Folgen für die Bonität wären erheblich. Auf einer 20-stufigen Skala würde Indiens Kreditwürdigkeit um vier Stufen sinken, jene Chinas um 5,5 Stufen. Indien müsste für seine Schulden jährlich 49 Milliarden Dollar mehr Zinsen zahlen, für China wären es 70 Milliarden. Über alle 23 untersuchten Länder summieren sich die zusätzlichen Zinskosten auf bis zu 162 Milliarden Dollar pro Jahr.

Die Folgen des Artenschwundes trafen nicht alle Länder gleich. Besonders hart träfe es Länder, die stark von natürlichen Ressourcen abhängen. Angola, Bangladesch, die Demokratische Republik Kongo und Madagaskar könnten bis 2030 mehr als 15 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung einbüßen. In Südkorea, den USA, Kanada oder Polen wären die Auswirkungen dagegen gering.



Auswirkungen des PEC-Szenarios auf die jährlichen Schuldendienstkosten. Anstieg der jährlichen Zinszahlungen für Schulden in Milliarden US-Dollar (links) und Anstieg der jährlichen Zinszahlungen für Schulden als Prozentsatz des Medianeinkommens nach Steuern (rechts). © Agarwala et al., Nature Ecology & Evolution

Die 23 untersuchten Länder würden insgesamt mindestens 162 Milliarden Dollar mehr für ihre Schulden bezahlen. Diese Summe liege nahe an den 200 Milliarden Dollar, die das von 196 Ländern unterzeichnete Kunming-Montreal Global Biodiversity Framework (GBF) jährlich für den Naturschutz mobilisieren wolle. Die Studie bestätigt damit eine alte Erkenntnis: Naturschutz kostet weniger als eine zerstörte Umwelt.

Es kann auch Industrieländer treffen

«Jeder weiss, dass Diversität schön und wichtig ist. Aber die ökonomischen Folgen hat kaum einer bisher untersucht», fasst Mitautor Moritz Kraemer in einem Interview mit der «FAZ» zusammen. Kraemer ist Chefvolkswirt der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) und Senior Fellow am Centre for Sustainable Finance der SOAS (School of Oriental and African Studies, ein Teil der Universität London).

Der Nachhaltigkeits-Effekt werde in Ratings oft übersehen, erklärt er an einem Beispiel: Kurzfristig helfe die Rodung von Wäldern vielleicht der Wirtschaftsleistung, weil mehr Holz verkauft werde. Langfristig schade sie, denn Monokulturen seien anfälliger für Schädlinge. Die ökonomischen Folgen des Artenschwunds habe bisher kaum jemand untersucht.

Hinzu komme die Zeitspanne, auf die Kredite angelegt seien. Je länger ein Kredit läuft, desto grösser wird die Unsicherheit der Prognose, manche Staatsanleihen liefen aber 50 Jahre. Ratingagenturen gingen zudem oft von zyklischen Entwicklungen aus, etwa von Konjunktur- oder Rohstoffpreiszyklen. Nichtzyklische Einflüsse wie der Verlust intakter Natur, die Klimakrise oder der demografische Wandel gewannen aber an Gewicht.

Dass solche Risiken auch Industrieländer betreffen, das zeigte beispielsweise der vergangene Hitzesommer. Er brachte zahlreiche Hitzetote, Einbrüche in der Schifffahrt und Produktivitätsverluste. Das dämpfe das Wirtschaftswachstum. Deutschland sei bei der Anpassung an den Klimawandel im Rückstand, sagt der Experte. Vertreter:innen der deutschen Wirtschaft forderten unlängst bessere und verlässlichere Bedingungen für den nachhaltigen Umbau der Wirtschaft. Der Sommer sei für viele Betriebe kein Wetterereignis, sondern ein Betriebsrisiko gewesen.

Folgen der Naturzerstörung für die Wirtschaft werden drastisch unterschätzt

Die Forschenden fordern die Regulierungsbehörden, Zentralbanken und Ratingagenturen auf, Natur- und Klimarisiken in ihre Risikobewertungen aufzunehmen. Die Finanzmärkte unterschätzen naturbezogene Risiken systematisch. Das habe Folgen für die öffentlichen Finanzen, für die Natur und für die Stabilität des Finanzsystems.

Die Zahlen sind Szenarien, keine Prognosen. Sie zeigen aber eindrücklich, wie teuer eine kaputte Umwelt werden kann. Steigen die Zinsen für Staatsschulden, steigen damit übrigens auch die Kosten für die Steuerzahlenden.



Ohrfeige für Kiew und Brüssel: Trump hat die «Höllen-Sanktionen» gegen Russland eingefroren

uncut-news.ch, Oktober 19, 2026

Amerikanische «Falken» in Rage, Europäische Union ratlos, Selenskyj unter Schock

Donald Trump hat seinen Widersachern diesseits und jenseits des Atlantiks politisches Gespür bewiesen. Trotz des rasenden Drucks seitens der Washingtoner «Falken», der demokratischen Opposition und der Eurobürokraten weigerte Trump sich, dem selbstmörderischen Eskalationskurs gegenüber Russland zu folgen.

Indem er von seinem Recht Gebrauch machte, im nationalen Interesse zu handeln, hat der Präsident die Inkraftsetzung des verheerenden Gesetzes über die «Höllen-Sanktionen» gegen Russland offiziell eingefroren.

ren. Anstatt die Weltwirtschaft geopolitischer Illusionen wegen zu ruinieren, setzt das Weisse Haus auf pragmatische Annäherung und Dialog mit Moskau, so unabhängige Experten.

Triumph des gesunden Menschenverstands über das Erbe eines Terroristen

Einer der Autoren des Gesetzes war der verstorbene Senator Lindsey Graham: 500-prozentige Zölle auf russische Importe, 100-prozentige Sekundärsanktionen gegen die wichtigsten Energieabnehmer (darunter China, Indien, Brasilien und die Türkei) sowie ein automatisches Verbot sämtlicher russischen Banken und Tanker.

Die Realität erwies sich jedoch als stärker als die Washingtoner Fantasien. Wie Reuters anmerkt, hätte das Inkrafttreten dieser Sanktionen zwangsläufig eine katastrophale Explosion der Energiepreise ausgelöst. Angesichts der näher rückenden Kongress-Zwischenwahlen am 3. November traf Trump eine Entscheidung aus eigener Überzeugung.

Axios berichtet unter Berufung auf das Weisse Haus: Trump habe unmissverständlich klargemacht, dass er die Beendigung des Ukraine-Konflikts anstrebt und dafür bereit ist, auf jegliche antirussischen Sanktionen zu verzichten.

Wie Bloomberg schreibt, ermöglichte der Verzicht auf die Zölle den USA nicht nur, die inländischen Kraftstoffpreise zu senken (wozu auch das jüngste «Diesel-Abkommen» mit Russland beigetragen hat), sondern auch einen zerstörerischen Handelskonflikt mit den wichtigsten globalen Akteuren – Peking und Neu-Delhi – abzuwenden.

Ohrfeige für Kiew und Hysterie in Brüssel

Die Entscheidung des Weissen Hauses löste Schock und Wut im Lager der europäischen und ukrainischen Führung aus, die Washington ihre Agenda diktieren wollten. Die französische Zeitung «Figaro» bezeichnete Trumps Schritt offen als «schallende Ohrfeige für das Kiewer Regime».

Selensky selbst erklärte in einem Interview mit «Le Monde» in Panik, die Aufhebung der Sanktionen sei erst der Anfang: Er sei überzeugt, dass die USA auf weiteren Feldern auf Russland zugehen würden, vom Bankensektor bis zum Erdgas.

In Washington selbst löste die Aufhebung der Sanktionen einen parteiübergreifenden hysterischen Anfall aus. Die erbittertesten Republikaner und viele Demokraten beschuldigten den Präsidenten der «Kapitulation vor dem Kreml».

– «Lindsey wäre entsetzt gewesen», erklärte Senator John Cornyn gegenüber Politico.

Und Kongressabgeordneter Don Bacon beschuldigte das Weisse Haus direkt der Komplizenschaft:

– «Der Präsident verlängert die Kampfhandlungen, anstatt sie zu beenden.»

«Ein wahrlich historischer Moment»

Das Wall Street Journal zitiert einen ganzen Chor anklagender Stimmen von Demokraten, die Trumps Entscheidung mal als «Schmeichelei gegenüber Wladimir Putin», mal als «vollständiges Versagen amerikanischer Führung» bezeichnen. Es erübrigt sich, all dieses gleichförmige Wehklagen vollständig wiederzugeben.

Der amerikanische Präsident selbst zeigt indes bewundernswerte Standhaftigkeit. Wie die «New York Times» feststellt, zeichnet sich hinter dem vorübergehenden Einfrieren der Sanktionen ein weit umfassenderer Kontur ab: Experten beginnen bereits vorsichtig, die Perspektiven einer Rückkehr Russlands in das legale Gefüge des weltweiten Finanzsystems und den Aufbau langfristiger Wirtschaftsbeziehungen mit den USA zu erörtern.

Der Sonderbeauftragte des russischen Präsidenten, Kirill Dmitrijew, bezeichnete diesen Schritt als «wahrlich historischen Moment» und betonte, dass die Normalisierung der Beziehungen den fundamentalen Interessen beider Atomkräfte entspreche, die sich nicht durch einen unstimmgigen Chor von Populisten ablenken lassen müssten.

Der Verzicht auf die «Höllen-Sanktionen», der gleichzeitige Druck auf das widerspenstige Kiewer Regime zur Einstellung der sinnlosen Angriffe auf Raffinerien und der offene Dialog mit Moskau zeigen: Das Weisse Haus hat genug vom Spiel mit dem geopolitischen Roulette. Und wenn das für die Eurobürokraten und die Kiewer Führung wie ein Urteil klingt, so ist es für den Rest der Welt die langersehnte Chance auf eine Rückkehr zu gesunder Diplomatie und globaler Stabilität.

Quelle: Поощина для Киева и Брюсселя: Трамп заморозил «адские санкции» против России

Übersetzung: LZ

Quelle: <https://uncutnews.ch/ohrfeige-fuer-kiew-und-bruessel-trump-hat-die-hoellen-sanktionen-gegen-russland-eingefroren/>

Israels neue – und erschreckende – Sicherheitsdoktrin

Trita Parsi

Wenn Sie heute nur einen einzigen Text lesen, dann diesen: In einem bemerkenswerten Beitrag, der vom Leiter einer der bedeutendsten israelischen Denkfabriken veröffentlicht wurde, schildert Generalmajor Tamir Hayman die Realität von Israels neuer Sicherheitsdoktrin:

Er beschreibt darin einige entscheidende Prinzipien:

1. Die Vereinigten Staaten von Amerika seien eine «absteigende Macht» und würden Israel angesichts ihrer anhaltenden gesellschaftlichen und politischen Veränderungen ohnehin bald im Stich lassen. Dies zwingt Israel dazu, stärker auf Eigenständigkeit zu setzen, um eine «übermäßige Abhängigkeit» von den USA zu vermeiden; denn diese Abhängigkeit «setzt Israel dem Einfluss eines progressiven amerikanischen Wertesystems aus, das mit dem jüdischen Charakter Israels unvereinbar ist».
Er zieht daraus den Schluss: «Eine Lösung der Bindungen an die Vereinigten Staaten ist daher nicht nur unvermeidlich, sondern unerlässlich für Israels Unabhängigkeit und die Widerstandsfähigkeit seiner jüdischen nationalen Identität.»
2. Vorrang der jüdischen Identität vor der Demokratie: Die jüdische Identität des Staates hat Vorrang vor seinem demokratischen Regierungssystem.
3. Frieden als Mittel, nicht als Zweck: «Ein substanzielles Friedensabkommen ist im Nahen Osten unerreichbar, da Friedensabkommen lediglich technische und vorübergehende Regelungen darstellen, die einer ständigen Neubewertung bedürfen. Dieser Auffassung zufolge ist Frieden kein Eigenwert, der Sicherheit schafft, sondern ein Mittel zur Erreichung anderer politischer Ziele.»
4. Ablehnung der eigenständigen Existenz arabischer Staaten: Die zugrundeliegende Annahme lautet, dass die meisten arabischen Staaten keine echten Nationalstaaten seien, sondern Ansammlungen von Stämmen und ethnischen Gruppen, denen eine gemeinsame Geschichte und eine grundlegende nationale Vision fehlten. Folglich werde die Untergrabung ihrer Stabilität als natürlicher Prozess betrachtet – ein Prozess, den Israel besser bewältigen könne als die Auseinandersetzung mit starken Nationalstaaten, und den es sogar fördern sollte.
5. Krieg als grundlegender Zustand: Krieg sei für die nationale Sicherheit unerlässlich und könne nicht durch einen Friedenszustand ersetzt werden; dieser sei, wie bereits erwähnt, lediglich ein Mittel und kein Selbstzweck. [...] Krieg sei notwendig, und ein Präventivkrieg sei vorzuziehen, da er bereits zu Beginn einen bedeutenden Erfolg sichere.
6. «Absolute Priorität von Initiative und Offensive gegenüber der Defensive: Präventive Überraschungsangriffe gelten als der einzige Weg zum Sieg, wodurch die Offensive Vorrang vor der Defensive erhält.»

Und es kommt noch mehr hinzu.

Wichtig ist der Hinweis, dass Hayman dies nicht befürwortet. Vielmehr vertritt er die Ansicht, dass dies bereits die neue Sicherheitsdoktrin Israels ist.

Er beschreibt die Realität, wie er sie wahrnimmt. Und diese Realität ist schlichtweg unvereinbar mit einem Bündnis der USA oder des Westens mit Israel – es sei denn, der Westen wandelt sich zu einem ähnlichen Gebilde, das Krieg als dauerhaften und erstrebenswerten Zustand betrachtet.

Den vollständigen Artikel (auf englisch) finden Sie [HIER](#).

erschienen am 13. Oktober 2026 auf > [Antiwar.com](#) > Artikel

Trita Parsi ist Executive Vice President des Quincy Institute for Responsible Statecraft und ein preisgekrönter Autor.

Das *Washingtonian Magazine* hat ihn zu einer der 25 einflussreichsten Stimmen in der Aussenpolitik ernannt.

Noam Chomsky bezeichnet ihn als „einen der herausragendsten Iran-Experten“.

Quelle: https://antikrieg.com/aktuell/2026_10_14_israelsneue



NATO – Ein globalisiertes Militärbündnis

Peter Koenig via LeeRockwell, Oktober 16, 2026

**Die NATO ist der verlängerte Arm der Europäischen Union (EU);
sie ist die Militarisierung des EU-Blocks.**

Die Nordatlantik-Vertragsorganisation (NATO) ist der militärische Schutzschild der Globalisierung. Die NATO beabsichtigt, ihre wahre Mission zu verschleiern, nämlich alle zumindest westlichen Länder sowie die «Five Eyes» (Australien, Kanada, Neuseeland, Grossbritannien und die USA) und Japan durch eine gemeinsame Militärstrategie und gemeinsame militärische Ausrüstung miteinander zu verbinden. Könnte man dies als geheimen «Militärpakt» bezeichnen? Wir sprechen hier von 32 NATO-Mitgliedern sowie Australien, Neuseeland und Japan, wodurch die NATO eine unmittelbare Präsenz im Pazifik erlangen wird.

Viele Länder im asiatisch-pazifischen Raum und in Lateinamerika, die zwar nicht der NATO angehören, aber als sogenannte Verbündete der USA gelten, werden stillschweigend – und oft auch nicht ganz so stillschweigend – dazu gezwungen, sich an die Regeln der USA und der NATO zu halten. In Asien sind die Philippinen, Indonesien und sogar Vietnam, um nur einige zu nennen, zwar offiziell souveräne Staaten, folgen aber stillschweigend den Vorgaben der USA und der NATO. Vietnam, das zwar politisch links ausgerichtet ist, hat im September 2023 seine Beziehungen zu Washington zu einer umfassenden strategischen Partnerschaft ausgebaut, die auch eine Zusammenarbeit in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit umfasst und einem Militärbündnis gleichkommt.

Ähnlich verhält es sich in Lateinamerika, wo sich die Monroe-/Donroe-Doktrin in den letzten rund zwei Jahren ohne grosses Aufsehen mit neuen Formen und Normen durchgesetzt hat.

Sozialistische oder linksgerichtete Regierungen wurden nach und nach durch stark konservative, von Washington indoktrinierte – und von Trump geprägte – Regierungen ersetzt. Etwa zwischen 2024 und 2026 hat in weiten Teilen Lateinamerikas ein deutlicher Rechtsruck stattgefunden, wobei mehrere Länder neue rechte oder rechtsextreme Regierungen an die Macht gebracht haben.

Hier die Länder, die einen Rechtsruck vollzogen haben: Argentinien (2023–2024); Chile (2025–2026); Bolivien (2025); Honduras (2025); Costa Rica (2026); Peru (2026); Kolumbien (2026); Ecuador (2025); Panama (2024).

Ein typisches Beispiel ist Peru. Kurz nach ihrer «Wahl» im Juni 2026, die massiv von den Vereinigten Staaten unterstützt wurde, hat **Präsidentin Keiko Fujimori** gerade 24 neue Lockheed-Martin-Kampfflugzeuge vom Typ F-16 Block 70 (F-16V Viper) im Wert von etwa 3,4–3,5 Milliarden US-Dollar bestellt – Geld, das Perus ohnehin schon astronomisches Defizit weiter erhöht. Zudem hat sie den Vertrag ihres Vaters mit der berühmten Militärschule «School of the Americas» verlängert.

In ähnlicher Weise haben Argentinien, Kolumbien und Chile seit 2025 bereits Verträge über NATO-kompatible Kampfflugzeuge abgeschlossen oder sind dabei, diese zu erwerben.

Man darf nicht vergessen, dass die gesamte militärische Ausrüstung der NATO für den sofortigen Austausch von (militärischen) Daten vernetzt und zur endgültigen Kontrolle in Washington gebündelt ist.

Zahlreiche Analysen beschreiben dies als die einschneidendste politische Neuausrichtung in der Region Lateinamerika und Karibik (LAC) seit zwei Jahrzehnten, wobei sieben aufeinanderfolgende Präsidentschaftswahlen nach Ende 2024 an Kandidaten der Rechten oder der extremen Rechten gehen werden. In rund einem Dutzend Ländern sind derzeit rechtsgerichtete Regierungen im Amt.

Brasilien ist unter Präsident Lula offiziell noch eine Ausnahme.

Bei den laufenden Wahlen, die in eine Stichwahl zwischen Lula und Flávio Bolsonaro [Sohn des ehemaligen Präsidenten Jair Bolsonaro] mündeten,

Flavio lag in der ersten Runde am 4. Oktober 2026 vorn; ein Sieg der Rechten in der Stichwahl am 25. Oktober ist möglich. Trump-Propagandisten und andere – wie Aussenminister Marc Rubio – sollen sehr aktiv daran arbeiten, **Flavio Bolsonaro** der Bevölkerung schmackhaft zu machen, während Trumps Anwälte gleichzeitig alles daran setzen, Flavios Vater, **Jair Bolsonaro**, aus dem Gefängnis zu befreien.

In El Salvador, das vielleicht als Vorläufer angesehen werden kann, vollzog sich der Wandel schrittweise, was sich bei den Wahlen 2019 bestätigte und 2023 in einer Konsolidierung der extremen Rechten durch **Nayib Bukele** gipfelte.

Diese neuen «Blöcke» in Asien und Lateinamerika – die neuen «Donroe-Blöcke» – werden «angeleitet», wenn nicht gar gezwungen, ihre Streitkräfte mit neuen Waffen und Flugzeugen nach NATO-Art sowie mit Raketen und Verteidigungsschilden auszurüsten, damit sie weltweit vernetzt werden können. Man wird es als «Schutzschild» bezeichnen, doch in Wirklichkeit bilden sie die Armee der neuen globalistischen Weltordnung.

Die gesamte militärische Ausrüstung soll aus NATO-Ausrüstung bestehen, grösstenteils, wenn nicht sogar vollständig aus dem US-Militärindustriekomplex (US MIC) – Kampfflugzeuge, offensive wie auch defensive Raketen, das Patriot-Verteidigungssystem (und dessen Nachfolger), Drohnen – alle miteinander vernetzt, alle tauschen militärische Daten untereinander aus, und alle militärischen Informationen der vernetzten Länder werden in Washington, genauer gesagt im Pentagon, gebündelt, das die Gesamtkontrolle behält. Das ist der Plan.

Wird das funktionieren? Das hängt weitgehend vom Bewusstsein der betroffenen Menschen ab.

Die Souveränität der Länder wird verloren gehen. Die meisten Ersatzteile für militärische Ausrüstung aus dem US-MIC werden von Washington/dem Pentagon kontrolliert; das bedeutet, dass die Lieferung bzw. Nichtlieferung dazu genutzt werden könnte, oppositionelle oder «abweichende» Länder – also solche, die von der von Washington und der NATO diktierten Linie abweichen – zu erpressen, um sie wieder auf Linie zu bringen, oder andernfalls – sie ohne nationales Verteidigungssystem zurückzulassen oder, schlimmer noch, mit einer Reihe schrecklicher Sanktionen zu belegen. Alles, was sie haben, ist NATO-Ausrüstung. Man stelle sich vor: Alle Länder, die im Zuge der rasanten Globalisierung in den militärischen Schutz der NATO eingebunden werden, werden keine unabhängige militärische Verteidigung mehr haben und vollständig vom guten Willen Washingtons abhängig sein.

Der ehemalige französische Präsident General de Gaulle kommt mir in den Sinn, als er im März 1966 aus der NATO austrat. Er verkündete die Entscheidung offiziell in einem Brief an den US-amerikanischen **Präsidenten Lyndon B. Johnson** und erklärte, dass Frankreich die volle Souveränität über sein Hoheitsgebiet und seinen Luftraum zurückfordern werde. Darüber hinaus riet er den europäischen Ländern, es ihm gleichzutun, sich vom militärischen «Schutz» der USA unabhängig zu machen und ihre eigene militärische sowie zivile Souveränität zu bewahren.

Seit der Gründung der NATO im Jahr 1949 (12 Mitglieder: Belgien, Kanada, Dänemark, Frankreich, Island, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Portugal, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten) erfolgte ihre Erweiterung in zehn Runden, wobei die ersten drei Erweiterungen bis 1985 stattfanden [1952: Griechenland und Türkei; 1955: Westdeutschland; Ostdeutschland kam 1990 bei der Wiedervereinigung hinzu; und 1982: Spanien], wodurch sich die Gesamtzahl der Mitglieder zum Zeitpunkt des Zerfalls der Sowjetunion auf 16 belief.

Die NATO wurde 1949 offiziell gegründet. Als Reaktion auf die NATO, insbesondere auf den Beitritt Westdeutschlands, gründete die Sowjetunion 1955 gemeinsam mit osteuropäischen Ländern den Warschauer Pakt. Die NATO gab vor, ein Schutzschild zu sein, das den Westen vor der Sowjetunion und dem daraus resultierenden Kalten Krieg schützte – eine Erfindung des Westens, die lediglich als Propagandainstrument existierte.

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurde der Warschauer Pakt am 1. Juli 1991 bei einem abschliessenden Treffen in Prag aufgelöst. Dies machte die NATO gemäss ihrer offiziellen Rolle als Beschützer vor einer potenziellen Expansion der UdSSR überflüssig. Die NATO hätte ebenfalls 1991 aufgelöst werden müssen. Doch das geschah nicht.

Anstatt aufgelöst zu werden, erhielt die NATO eine neue, weitaus grössere Mission, die sich gerade jetzt entfaltet. Hoffentlich wird allen Ländern und Menschen bald klar werden, worum es bei dieser ruchlosen NATO-Mission eigentlich geht – um eine militarisierte globale Weltordnung.

Anstatt jedoch aufgelöst zu werden, explodierte die Erweiterung der NATO nach 1999 förmlich – und hält bis heute an.

In der 4. bis 10. Erweiterungsrunde kamen 1999 die Tschechische Republik, Ungarn und Polen hinzu (insgesamt 19 Mitglieder); 2004 Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, die Slowakei und Slowenien (26); im Jahr 2009 Albanien und Kroatien (28); im Jahr 2017 Montenegro (29); im Jahr 2020 Nordmazedonien (30); im Jahr 2023 Finnland (31) und im Jahr 2024 Schweden.

Diese NATO-Erweiterung, die immer näher an Moskau heranrückt, stellt einen Verstoss gegen eine mündliche Vereinbarung aus dem Jahr 1991 dar, als der US-Aussenminister **James Baker** während der Gespräche in Moskau am 9. Februar 1990 gegenüber dem sowjetischen Staatschef **Michail Gorbatschow** ausdrücklich die Aussage «keinen Zoll» machte. Das bedeutete, dass die Erweiterung nicht einen Zoll über Deutschland hinausgehen sollte.



Michail Gorbatschow bei Gesprächen über die deutsche Wiedervereinigung mit Hans-Dietrich Genscher und Helmut Kohl in Russland, 15. Juli 1990. (Foto: Bundesbildstelle / Presse- und Informationsamt der Bundesregierung)

Ähnliche mündliche Zusicherungen hinsichtlich der Zurückhaltung oder der Nicht-Ausweitung des Zuständigkeitsbereichs bzw. des Territoriums der NATO nach Osten wurden zu dieser Zeit auch vom westdeutschen **Aussenminister Hans-Dietrich Genscher** und **Bundeskanzler Helmut Kohl** sowie von anderen westlichen Staats- und Regierungschefs abgegeben, die sich mit dem Wandel in Ostdeutschland befassten.

Auch wenn es sich bei der Vereinbarung um eine mündliche Zusage handelte, die nicht vertraglich besiegelt wurde, stellen die fortwährende NATO-Erweiterung und die Aggression gegen Russland einen Bruch eines ethischen und moralischen Vertrags dar. Je nach Auslegung sind mündliche Vereinbarungen oder Versprechen rechtlich bindend. In diesem speziellen Fall gehen die Meinungen weit auseinander – somit wurde zumindest der moralische und ethische Teil der Vereinbarung oder des Versprechens verletzt.

Die unbegrenzte NATO-Erweiterung ist auch der Ursprung des heutigen Krieges in der Ukraine – Details dazu gehören in ein anderes Drehbuch. Allerdings muss gesagt werden, dass die USA über europäische NATO-Staaten einen Stellvertreterkrieg gegen Russland über die Ukraine führen, einen Krieg, der nicht erst im Februar 2022 begann, sondern spätestens im Februar 2014 mit dem Maidan-Putsch in Kiew (Jens Stoltenberg, ehemaliger NATO-Generalsekretär), und in Wirklichkeit schon viel früher, nämlich zur Jahrtausendwende, als die USA die Vorbereitungen für einen «Regimewechsel» in Kiew mit über 5 Milliarden US-Dollar finanzierten (Frau Victoria Nuland, damalige stellvertretende Aussenministerin).

Dieser hybride Krieg der NATO hat seitdem fast 2 Millionen Todesopfer gefordert, und ein Ende ist nicht in Sicht. Und die Welt schaut zu, niemand versucht, die NATO, den Provokateur dieses Krieges, in Schach zu halten, schon gar nicht der EU-Block, da die NATO auch die Kriegspolitik der EU bestimmt.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs hat die NATO direkt oder indirekt durch Stellvertreter mindestens zwischen 20 und 30 Millionen Menschen getötet. Im Jahr 1999 zerstörte die NATO unter der Ägide des damaligen Präsidenten Clinton Jugoslawien, das wirtschaftlich zu den wohlhabendsten Ländern Europas gehörte. Als Vorwand diente der Konflikt um die Abspaltung des «Kosovo» von Serbien unter der Anleitung, wenn nicht gar unter der direkten Führung der USA und ihrer NATO-Verbündeten. Ein Konflikt, der bis heute nicht gelöst ist.

Der Kosovo ist kaum mehr als der grösste Militärstützpunkt der USA und der NATO in Mittel- und Osteuropa. Der Kosovo wird als unabhängiges Land nur von 90 bis 110 Ländern (von 193 UN-Mitgliedstaaten) anerkannt, wobei die genaue Zahl umstritten ist.

Die NATO finanziert im gesamten Westen Angstpropaganda vor Kriegsgefahren, da die Russen ja jeden Moment kommen könnten. Die Russen «kommen» schon seit dem Zweiten Weltkrieg, um Europa und den Rest des Westens zu vereinnahmen – was die Kriegsindustrie am Laufen hielt und die Menschen in Angst versetzte, sodass sie die NATO anriefen, um sich vor den bösen Russen zu schützen.

Am vergangenen 27. Oktober 2026 hat die NATO die Abstimmung gegen eine Neutralitätsinitiative (NI) gewonnen, die das Schweizer Volk vor über zwei Jahren ins Leben gerufen hatte.

Erst jetzt kam es zu einer öffentlichen Abstimmung. In diesen paar Jahren ist es der Anti-NI-Propaganda der NATO und der Schweizer Regierung gelungen, die Schweizer Meinung zur Neutralität umzukehren – mit Angstpropaganda und dem Heraufbeschwören eines imaginären Feindes – natürlich Russland –, wo immer sie konnten. Das Ergebnis war ein vernichtendes NEIN zur Schweizer Neutralität.

Tatsächlich kann die kleine Schweiz mit ihren rund 9 Millionen Einwohnern, strategisch günstig im Zentrum Westeuropas gelegen, nicht neutral bleiben, da sie so namhafte Organisationen beherbergt, die steuerfrei sind und diplomatische Immunität geniessen, wie das Weltwirtschaftsforum (WEF), die Weltgesundheitsorganisation (WHO), GAVI, die Impfstoffallianz, die UNO (deren eigentliches, entscheidungsbefugtes Hauptquartier als in Genf liegend gilt), das CERN (Europäisches Zentrum für Kernforschung); den Club of Rome; die privat von den Rothschilds geführte Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel, auch als «Zentralbank aller Zentralbanken» bezeichnet, die über 90% des weltweiten Geldflusses kontrolliert – sowie weitere internationale Einrichtungen wie die FIFA und das Internationale Olympische Komitee.

Die NATO und diese in der Schweiz ansässigen internationalen Organisationen, die vorgeben, in weltpolitischen Angelegenheiten das Sagen zu haben, sowie der politische Wille der Schweizer Regierung, dem Westen anzugehören und wirtschaftlich sowie militärisch in ihn integriert zu sein, berauben die Schweiz buchstäblich ihrer einstigen «ewigen Neutralität».

Nach dem Zusammenbruch des Napoleonischen Reiches (nach dem erfolglosen russischen Einmarsch im Jahr 1812) hatte die Schweiz von 1813 bis 1815 Neutralität praktiziert, erhielt jedoch 1815 von den grossen europäischen Mächten – Österreich, Frankreich, Grossbritannien, Preussen, Russland, Spanien, Portugal und Schweden – die formelle Anerkennung der «ewigen Neutralität».

Diese ewige Neutralität beruhte auf drei Grundsätzen:

- 1) Die Unverletzlichkeit und Integrität des Schweizer Staatsgebiets;
- 2) Die Unabhängigkeit der Schweiz von ausländischem Einfluss; und
- 3) Dass die Schweizer Neutralität dem allgemeinen Frieden und der Sicherheit in Europa diene.

Im Jahr 1815 akzeptierte die Schweiz die Neutralität als eine eigene Entscheidung und nicht lediglich als einen von den Grossmächten auferlegten Status. Im Gegenzug garantierten die Mächte ihre territoriale Integrität und Neutralität.

Leider versäumte es die Schweiz 1848, die Schweizer Neutralität in ihrer neu ausgearbeiteten Verfassung zu verankern.

Heute ist die Schweiz – einer der wenigen Orte auf der Welt, an denen Neutralität darin bestand, ihre guten Dienste anzubieten, d.h. Konfliktvermittlung, Verhandlungen über internationale Abkommen und die aktive Verteidigung der Menschenrechte und der Genfer Konventionen sowie die Wahrung der UN-Charta als übergeordnetes Recht – dabei, diese Prinzipien an die Kriegs- und Tötungsmaschine NATO und den Wirtschaftsblock EU abzutreten.

Inoffiziell geben natürlich hochrangige aktive wie auch ehemalige Militärangehörige zu, dass sich die Schweizer Regierung heimlich und im Verborgenen – ohne das Volk zu informieren – mit ihrer neuen Verteidigungsstrategie, gemeinsamen Manövern und NATO-Militärausrüstung bereits soweit an die NATO herangetastet hat, dass kaum noch ein Unterschied zwischen ihrer derzeitigen Situation gegenüber der NATO und einer tatsächlichen NATO-Mitgliedschaft besteht.

Den meisten Schweizern ist die Nähe der Schweiz zur NATO noch nicht bewusst. Die meisten Menschen weltweit ahnen nicht, was hinter den Kulissen vor sich geht, dass sie in ein militärisches und wirtschaftliches Bündnis hineingezogen werden, dem sie vielleicht gar nicht angehören wollen.

Eines Tages wird es der Welt, einschliesslich der Schweiz, dämmern, wenn sie erkennen, dass sie in den Fängen eines gnadenlosen militärischen und wirtschaftlichen Apparats gefangen sind, der die Souveränität einzelner Nationen, frei zu handeln, frei zu denken und ihre unabhängigen Währungs- und Verteidigungsentscheidungen zu treffen, nach und nach ausgehöhlt hat.

Hoffen wir nur, dass es nicht zu spät sein wird, wenn dieses Erwachen kommt.

Quelle: NATO – A Globalized Military Network

Quelle: <https://uncutnews.ch/nato-ein-globalisiertes-militaerbuendnis>



Anthropic Mitgründer Jack Clark befürwortet das Einbetten unabhängiger Experten. © CNN

KI ausser Kontrolle: Warum Europas Stunde schlagen könnte

Die Sicherheitsdiskussion legt Schwächen in den KI-Strategien der USA und Chinas offen. Dies eröffnet Europa Handlungsspielraum.

Hanna Muralt Müller

Eine KI ausser Kontrolle könnte die Menschheit auslöschen: Diese Alarmrufe der US-Labs und ihre Forderung, die technische Entwicklung zu verlangsamen, lösten heftige Gegenreaktionen aus. Die Kritik, die KI-Labs verfolgten mit dieser Angstmacherei vor allem wirtschaftliche Interessen im Vorfeld ihrer geplanten Börsengänge, trifft zwar einen Punkt, greift aber in der Analyse viel zu wenig tief.

Die Sachlage ist weit komplexer, und die Gefahren einer KI ausser Kontrolle sind real. Der Dissens in der Wahrnehmung von Sicherheitsrisiken hängt mit aktuellen Problemen der Supermächte zusammen: Die KI-Strategie der USA ist in einer Sackgasse, die chinesische ist erfolgreich, aber wegen ihrer ideologischen Grundierung höchst problematisch, und so eröffnen sich gerade Chancen für Europa.

Yoshua Bengio warnt

Yoshua Bengio, kanadische KI-Koryphäe und Träger des Turing-Awards, brachte in seiner Ansprache (Video bei 1:16', mit Transkript) anlässlich der Uno-Generalversammlung Ende September 2026 auf den Punkt, wovor Wissenschaftler seit Jahren warnen:

- Die Sicherheitsmassnahmen könnten mit den enormen KI-Entwicklungen nicht Schritt halten;
- KI drohe künftig ausser Kontrolle zu geraten.

Es gehe nun darum, KI sicherer zu machen und er sei mit seinen Forschungen an der Arbeit. Anschliessend kamen auch die CEO von OpenAI (Video bei 8:28), Anthropic (Video bei 17:54) und Hugging Face (Video bei 23:09) zu Wort.

Dass es mehr Sicherheitsforschung braucht, ist unbestritten. Die von den US-KI-Labs geforderte Drosselung des Entwicklungstempos wurde jedoch sofort sowohl in den USA als auch in China und in Europa kritisiert.

USA: Keine Verlangsamung und nur freiwillige Selbstkontrolle der KI-Labs

In den USA lehnt nicht nur Trump jegliches Abbremsen des Entwicklungstempos ab. Auch andere einflussreiche Persönlichkeiten erklären, der KI-Wettlauf mit China erlaube kein Entschleunigen. Der Nvidia-CEO sagte, er werde mitwirken, die KI sicher zu machen. Die bestehenden Gesetze – Produkthaftpflicht – genügen vollauf.

Am 29. September 2029 vereinbarten Trump und die führenden Tech- und KI-Chefs mit der Erklärung über Super Intelligence eine freiwillige Selbstkontrolle. Die KI-Labs verpflichten sich lediglich «moralisch bindend» zu griffigen Sicherheitsmassnahmen, unabhängigen, externen Auditoren und zur Schaffung eines Aufsichtsrats und damit letztlich zu nichts Neuem. Anthropic übererfüllt die Anforderungen, da gemäss Vertrag mit Accenture die Auditoren nicht nur vollen Einblick erhalten, sondern im Betrieb mitarbeiten sollen («embedded»). OpenAI führte bereits Tage zuvor sein neues Transparenz- und Meldeverfahren ein und holte sich mit Paul Christiano einen grossen Warner vor möglichem Kontrollverlust an Bord.

Kaliforniens KI-Gesetz mit Vorgaben für KI-Labs

Die Vereinbarung auf nationaler Ebene fällt hinter Kaliforniens Transparency in Frontier AI Act (SB 53) zurück. Seit 1. Januar 2026 gilt dieses Gesetz für die KI-Labs – alle domiziliert im Silicon Valley – mit vergleichbaren, jedoch verpflichtenden Vorgaben. Der Staat nimmt die Aufsicht wahr und das Gesetz wird mit behördlichen Sanktionen durchgesetzt. Betroffen sind nur die sehr grossen KI-Labs, nicht aber die zahlreichen Start-ups. Als viertgrösste Volkswirtschaft der Welt sieht sich Kalifornien als nationales KI-Vorbild. Noch vor dessen Unterzeichnung unterstützte Anthropic dieses Gesetz und veröffentlichte sein Compliance-Framework vor Ende 2025. OpenAI opponierte zuerst, vollzog nach der Hugging-Face-Attacke eine Kehrtwende und verlangte sogar strengere Vorgaben.

Das kalifornische KI-Gesetz SB 53 ärgert Präsident Trump. Aber er hatte bisher im Kongress keine Mehrheit, um schärfere bundesstaatliche KI-Gesetze mit einer nationalen Gesetzgebung auszuhebeln. Brisant, wohl als Schlag gegen Kaliforniens KI-Gesetz SB 53 gedacht, ist Trumps neuer Begriff «Super Intelligence». Dieser soll, so die Executive Order vom selben Tag, künftig den Begriff «Artificial Intelligence» ersetzen. Prompt ordnete Kaliforniens Gouverneur ebenfalls mit Executive-Order an, in seinem Bundesstaat sei weiterhin der Begriff «Artificial Intelligence» zu gebrauchen und postete dies sofort auf X. Zumindest muss OpenAI jetzt den Firmennamen nicht in OpenSI abändern.

Strategie der Trump-Regierung führt KI-Labs in Sackgasse

Die Strategie der Trump-Regierung lässt sich wie folgt zusammenfassen: Die USA sind im KI-Wettlauf mit China und müssten diesen unbedingt gewinnen, denn wer als erster eine Artificial General Intelligence (AGI) entwickelt, gewinne alles. Trump fasst es so: Whoever wins AI, wins! Staatliche Vorgaben würden die Innovation bremsen, die KI-Labs könnten und sollten die Risiken selbst unter Kontrolle bringen.

Mit der Strategie, der Innovation freien Lauf zu lassen, übertrugen die USA – nicht erst seit der Trump-Regierung – immer mehr demokratisch zu regelnde Infrastruktur- und Kontrollaufgaben privaten Akteuren. Die US-Aussen- und Verteidigungspolitik ist von Elon Musks Starlink abhängig. Die KI-Labs an der Forschungsfront entwickelten sich zu privaten Monopolen und zu einer Machtkonzentration mit enormen gesellschaftlichen Auswirkungen.

Allerdings stecken die privaten KI-Labs nun in der Sackgasse. Sie können die Entwicklung nicht mehr mit vollem Tempo vorantreiben, da die KI-Labs mangels greifender Sicherheitsmassnahmen unabsehbar grosse Risiken mit Haftpflichtfolgen eingehen. Das gefährdet Profite aus den investierten Milliarden.

Andere Strategie und Denkmuster in China

China reagierte negativ. Die Aufforderung zur Verlangsamung der KI-Entwicklung sei ein Rückfall in den Kalten Krieg. Die USA wollten ihre KI-Monopole schützen und das Reich der Mitte ausbremsen. China negiert die potenzielle Gefahr einer KI ausser Kontrolle nicht. Es hat für KI-Agenten bereits Richtlinien erlassen und arbeitet als weltweit erstes Land an einem nationalen Standard. Die Gefahr einer KI ausser Kontrolle,

so ein Vertreter von Huawei, sei weniger akut als bei den beiden US-KI-Pionieren. Noch liege die chinesische KI-Entwicklung etwas zurück. China müsse weiter aufholen.

China versteht unter KI-Sicherheit – so die «New York Times» – etwas anderes als die westliche Welt. Es geht China um die mit KI transportierten Werte und darum, die nationale Stabilität und die politische Ordnung sicherzustellen. Gemäss Xi Jinpings Minister für staatliche Sicherheit, Chen Yixin, muss China feindlichen Kräften entgegenwirken, die im Krieg um die öffentliche Meinung Chinas Sicherheit bedrohen («...conducting public opinion and cognitive warfare against us, directly threatening our political, institutional, and ideological security...»). Sämtliche KI-Modelle werden auf dieses Sicherheitsrisiko überprüft und erst nach staatlicher Zensur freigegeben.

Unbehagen gegenüber chinesischen Open-Source-Modellen

Neue, raffinierte Technologien können versteckte, erst später aktivierbare Anweisungen, sogenannte «Schläferagenten», in die KI-Systeme einschleusen. Aber bereits mit den Sprachmodellen werden Denkmuster geprägt. Von diesen hängt ab, wie wir Urteile und Meinungen bilden. China setzt voll auf diese in der westlichen Welt vielfach noch unterschätzte, nicht offensichtliche Wirkung. Mit seinen preisgünstigen, flexibel einsetzbaren Open-Source-Modellen erobert China nicht nur den Weltmarkt, es verbreitet auch chinesische Denkmuster. Die chinesischen Open-Source-Modelle werden wegen ihres tiefen Preises auch in der westlichen Welt, in Hochschulen, Universitäten und Start-ups, genutzt. Aber es bleibt ein gewisses Unbehagen. Mit der im Juli 2026 gegründeten World Artificial Intelligence Cooperation Organization (WAICO) und ihren bereits 29 Mitgliedstaaten, vor allem aus dem globalen Süden, positioniert sich Xi Jinping als Vorreiter einer neuen weltweiten KI-Ordnung.

Europäische Alternative

Zwischen zwei gegensätzlichen Strategien – kaum regulierte KI in den USA einerseits und KI mit Zensur im Griff des chinesischen Regimes – eröffnet sich Europa ein dritter Weg mit einer KI-Governance, die der Innovation förderlich, aber mit den nötigen, demokratisch legitimierten staatlichen Kontrollinstrumenten ausgestattet ist.

Wie in China löste die verlangte KI-Verlangsamung auch in Europa Gegenreaktionen aus. In den USA seien Start-ups ausser Kontrolle, weil sie Sicherheitsmassnahmen vernachlässigt hätten. Das müsse jedoch nicht sein. Diesen Standpunkt vertritt prononciert Arthur Mensch, CEO von Mistral. Dieses französische Start-up rückte wegen Milliardeninvestitionen unter anderem aus den USA und Südkorea in den US-Fokus. Konform mit den EU-Normen fördert Mistral mit seinen proprietären Modellen und seinen Open-Source-Angeboten die technologische Souveränität in Europa und weltweit. Es wird bereits in 20 Ländern genutzt. Anfang Oktober präsentierte Arthur Mensch mit Mistral Large 4, «Le Chonk», ein grosses KI-Modell, das sowohl bestehende proprietäre wie quelloffene Modelle überflüge. Allerdings lancierte das US-Start-up Reflection fast gleichzeitig ein Konkurrenzprodukt mit seinem ersten KI-Modell «Beam».

Mit beiden Modellen können Organisationen und Unternehmen ihr eigenes, massgeschneidertes, lokales KI-System aufbauen. Diese Modelle können die bisher manchmal mit Unbehagen genutzten chinesischen Open-Source-Modelle ersetzen, und zwar teilweise sogar zu tieferen Kosten. Sie konkurrenzieren aber auch die viel teureren proprietären US-KI-Modelle, die ohnehin bereits in einer Sackgasse stecken.

Initiativen für Sicherheitsforschung

Sicherheitsforschung kommt nur in einer weltweit offenen Community voran. In geschlossenen Labs ist der Wissensaustausch zwangsläufig eingeschränkt. Mit ihrer Initiative «A Call for Open Science in AI Safety» wollen die beiden Eidgenössischen Technischen Hochschulen, ETHZ und EPFL, die KI-Modelle an der Forschungsfront in der Sicherheitsfrage unterstützen. Dazu benötigen sie Einblick in die proprietären Systeme, in die Codes, Trainingsprozesse, Sicherheitsmassnahmen und Evaluationsdaten. Mit dieser Initiative bringen sich die Hochschulen wieder als Partner in die KI-Spitzenforschung ein. Diese hatte sich in jüngster Zeit schleichend in private KI-Labs verlagert, weil diese viel grössere Ressourcen haben.

ETHZ und EPFL sind mit diesem Aufruf vom 18. September 2026 im Einklang mit der kurz darauf lancierten internationalen Initiative «A Call for Control of Frontier AI Models». Diese verlangt, dass unabhängige Evaluatoren Einblick in die KI-Labs an der Forschungsfront, die sogenannten Frontier-Labs, erhalten. Es sollen gemeinsame Sicherheitsstandards und eine internationale Kontrollbehörde geschaffen werden. Die Initiative wurde am Rande der Uno-Generalversammlung von 22, vor allem auch europäischen Ländern und der Präsidentin der EU-Kommission, Ursula von der Leyen, unterzeichnet.

Künftige KI-Entwicklung wird ohne «embedded» Experten zu gefährlich

Nur eine Woche später wurde diese politische Aktion mit einem Papier zur Wissensexplosion untermauert. Um zu verhindern, dass die KI mit der absehbaren künftigen exponentiellen Entwicklung ausser Kontrolle gerate, sollten unabhängige externe Experten in die KI-Labs eingebettet werden («...independent auditors

embedded inside AI companies...»). Unter den Autoren zeichneten unter anderen Yoshua Bengio, Geoffrey Hinton, der OpenAI-Chefwissenschaftler Jakub Pachocki und Anthropic-Mitgründer Jack Clark.

Es braucht Sicherheitsmassnahmen – Chance der Schweiz

Die US-Alarmrufe spiegeln die künftig drohenden Gefahren einer ungenügend kontrollierten exponentiellen KI-Entwicklung. China und Europa setzen darauf, dass diese bei einem Entwicklungstempo im Gleichschritt mit verstärkten Sicherheitsmassnahmen steuerbar sind. Aber hierzu braucht es Massnahmen.

Offen ist, was von den KI-Treffen zwischen Trump und Xi Jinping zu erwarten ist. Als Ergebnis des ersten Treffens vom 24. September soll ein «heisser Draht» zwischen Washington und Beijing eingerichtet werden, um gefährliche Kurzschlussreaktionen zu verhindern. Infosperber berichtete, dass es wegen falscher KI-Analyse beinahe ungewollt zu einem gefährlichen Vorfall kam.

Die Uno diskutiert seit langem Fragen zur KI-Governance, aber ihre Vorschläge finden in Washington kaum Akzeptanz. Bleibt eine grosse Chance für die Schweiz am kommenden fünften internationalen KI-Summit 2027 vom 21./22. Juni 2027 in Genf. Mit ihrer Diplomatie könnte sie Wege für eine weltweit akzeptierbare Lösung pfaden.



Der Nutzen einer Corona-Impfung für gesunde Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene ist vernachlässigbar, weil sie an Covid praktisch nie schwer erkranken. © ClevelandClinic

«Verschont uns mit der moralischen Aufarbeitung der Coronazeit»

Tamedia-Zeitungen wollen Corona nicht aufarbeiten. Dabei hatten sie die Öffentlichkeit jahrelang – wie der «Blick» – irregeführt.

Urs P. Gasche

Ringiers «Blick» war voll auf Regierungskurs. Ringier-CEO Marc Walder hatte dem «Blick» den Tarif durchgegeben: «Mit unserer medialen Berichterstattung wollen wir die Regierung unterstützen, damit wir alle gut durch die Krise kommen.»

Bekannt ist, dass die Bundesbehörden Verleger aufforderten, die Öffentlichkeit für die Massnahmen zu gewinnen. Ihre Rolle als Vierte Gewalt im Staat sollten sie bitte vergessen.

Unter den grossen Medien war die «NZZ» die einzige Zeitung, welche selten genug auch kritische Stimmen berücksichtigte. Am 24. September 2026 bilanzierte Bundeshaus-Korrespondentin Katharina Fontana: «Die Corona-Zeit ist auch eine Mediengeschichte, und zwar eine mit düsteren Kapiteln. Mehrere Medien taten das ihre, um mit Worst-Case-Szenarien die Bevölkerung zu verschrecken. [...] Wegen des Corona-Regimes wurden Familien entzweit, gingen Freundschaften kaputt, endeten Karrieren.» Es sei deshalb ein Fehler, die Corona-Politik nicht aufzuarbeiten.

Ganz anders Tamedia-Bundeshausredaktor Markus Brotschi. Zu Xhakas Zertifikatsbetrug schrieb er am 23. September 2026: «Es reicht! Wir haben genug von diesem Corona-Nachspiel. [...] Darum das Plädoyer: Verschont das Land mit dieser moralischen Aufarbeitung der Corona-Zeit.»

Dabei hätten es «Tages-Anzeiger» & Co. bitter nötig, ihre Rolle während der Corona-Zeit gegenüber ihrer Leserschaft kritisch aufzuarbeiten. Die vielen Tamedia-Zeitungen gaben sich nicht einmal damit zufrieden, die behördlichen Massnahmen und Informationen kritiklos zu verbreiten, sondern forderten wiederholt noch viel strengere Massnahmen, als der Bundesrat sie beschloss.



© M.W.

Der einzige Tamedia-Journalist, der an den Medienkonferenzen in Bern zu den Massnahmen kritische Fragen stellte, war Peter Morf, langjähriger Bundeshausredaktor der «Finanz und Wirtschaft». Als der Bundesrat am 1. Juli 2020 an einer Medienkonferenz die Maskenpflicht in öffentlichen Verkehrsmitteln bekannt gab, stellte Morf die naheliegende Frage, ob es denn eine Evidenz dafür gebe, zu wie vielen Ansteckungen es im öffentlichen Verkehr komme. Es antwortete nicht die anwesende Bundesrätin, sondern der Bundeshaussprecher: «Diese Evidenz gibt es nicht.»

Nach weiteren kritischen Fragen des Bundeshauskorrespondenten verboten ihm seine Tamedia-Vorgesetzten Anfang 2021, weiter über die Pandemie und die Massnahmen zu schreiben. Er schreibe «nicht faktengerecht», unterschob ihm die Chefredaktion, ohne dies je mit einem einzigen Beispiel zu belegen.

Der unterdessen pensionierte Peter Morf erklärte Ende Juli 2026 rückblickend gegenüber «Klein-Report»: «Ich gehe davon aus, dass das Schreibverbot auf eine Intervention der Tamedia-Verlagsleitung zurückging. Diese dürfte eine Folge des Aufrufs des Ringier-Konzerns an alle grossen Schweizer Verlagshäuser gewesen sein, in Sachen Corona die Position des Bundesrates zu stützen. Nach meinem Schreibverbot berichtete die «Finanz und Wirtschaft» nur noch unkritisch und staatstreu über Corona.» Auch in der Redaktion des «Tages-Anzeigers» verschwanden kritische Artikel in der Schublade oder Journalisten wurden angewiesen, unliebsame Aussagen in einem Artikel zu streichen.

Genügend Stoff

Die Tamedia-Zeitungen waren nicht nur unkritisch und staatstreu, sondern verbreiteten auch eine Fülle von einseitig alarmierenden und krass irreführenden Informationen. Einige Beispiele:

Die Tamedia-Zeitungen wählten überwiegend Experten und Exponenten aus, welche zur Dramatisierung neigten. Zu Beginn der Pandemie zitierten sie beispielsweise am 8. April 2020 Marcel Salathé, Epidemiologie-Professor an der ETH-Lausanne. Beim schlimmsten Szenario sei in der Schweiz ohne Massnahmen mit 20'000 bis 35'000 Toten zu rechnen. Im gleichen Zug zitierten die Zeitungen Christian Althaus von der Universität Bern. Ein «Worst-Case-Szenario» mit 30'000 Toten sei «nicht ausgeschlossen».

«20 Minuten» ängstigte Anfang Dezember 2021 mit der Schlagzeile: «Wir steuern immer mehr auf eine Katastrophe zu.» Die Zeitung berief sich auf den Infektiologen Andreas Widmer, der die Covid-Massnahmen des Bundesrats für zu schwach hielt.

Andere Experten, welche die Auswirkungen und die Übertragungsart des Sars-Cov2-Virus eher mit der besonders schweren Grippewelle 2017/18 verglichen, kamen in Tamedia-Zeitungen kaum zu Wort.

Neben der einseitigen Auswahl von Alarmisten informierten Tamedia-Zeitungen auch krass irreführend.

So titelte der «Tages-Anzeiger» am 14. März 2021: «Erneut steigende Fallzahlen schränken den Spielraum des Bundesrats ein.» Die Zeitung verschwieg, dass die Zahl der Intensivbehandelten und der Todesfälle am Sinken war.

Regelmässig verbreiteten die Tamedia-Zeitungen – oft mit Grafiken illustriert – steigende «Fallzahlen» und erweckten den Eindruck, es handle sich dabei alles um Erkrankte oder sogar Ansteckende. In Wahrheit handelte es sich lediglich um positiv Getestete. Viele dieser «Fälle» hatten vom Virus nie etwas bemerkt oder waren nur vorher einmal leicht erkältet. Auf jeden Fall waren die meisten zum Zeitpunkt des positiven Tests nicht mehr ansteckend. Trotzdem störten sich Tamedia-Zeitungen nicht daran, dass alle positiv Getesteten in Quarantäne gesetzt wurden oder Zugangsverbote erhielten.

Im Mai 2023 verbreiteten Tamedia-Zeitungen einen Artikel der «Süddeutschen Zeitung» in der halben Deutschschweiz. Es ging um den angeblich ausserordentlich grossen Nutzen der Covid-Impfung. Zwei Impfdosen würden das Risiko von Langzeitfolgen einer Corona-Infektion «um etwa 40 Prozent reduzieren». Diese Information war krass irreführend, weil praktisch alle Leserinnen und Leser die Schlagzeile so verstanden, dass sie ihr persönliches Risiko, an Long-Covid zu erkranken, mit zwei Impfdosen um 40 Prozent verringern können. Falls dies zuträfe, wäre die Impfung ausserordentlich wirksam.

Doch mit den «40 Prozent» war etwas ganz anderes gemeint, nämlich nur der «relative» Nutzen von zwei Impfdosen. Diese relativen 40 Prozent können zwar einen grossen Nutzen bedeuten, aber auch nur einen vernachlässigbar kleinen.*

Es weiss und wusste die Wissenschaftsredaktion des «Tages-Anzeigers», dass die alleinige Angabe der relativen Risikoreduktion («reduziert das Risiko um 40 Prozent») irreführend und wertlos ist.

Am 8. Dezember 2021 durften Prominente im «Tages-Anzeiger» unwidersprochen verbreiten, diejenigen, die sich nicht impfen lassen, seien «Arschlöcher». Auch die Redaktionen von Tamedia stellten Ungeimpfte als unsozial, wenn nicht gemeingefährlich dar.

Das unsinnige Impfen von gesunden Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen haben die Tamedia-Zeitungen mehrfach verteidigt. Einmal kam ein kritischer Experte zu Wort. Doch Kritiker stellten sie auch in die Ecke von Schwurblern. Über alle diese Probleme hatte Infosperber in den Coronajahren regelmässig informiert.

«Verschont das Land» – oder genauer: Verschont die Tamedia-Zeitungen

An ihre Fehlleistungen wollen die Tamedia-Zeitungen nicht erinnert werden. Nochmals Bundeshaus-Redaktor Markus Brotschi am 23. September 2026:

«Als jemand, der sich mit Überzeugung mehrfach impfen liess, sage ich: Viele haben genug von diesem Nachspiel. Auch wer die Corona-Regeln und die Impfung befolgte, hat nicht zwingend ein Interesse an dieser Art der Vergangenheitsbewältigung. [...] Verschont das Land mit dieser moralischen Aufarbeitung der Corona-Zeit.»

Wenigstens Fabian Renz, bei Tamedia damals verantwortlich für Meinungen und Analysen, erinnerte am 17. Januar 2023 in einem Leitartikel an die Rolle der Medien:

«Gerade eine Extremsituation, in der die Freiheit des Einzelnen massiv beschnitten wird, verlangt nach «lästigen» Medien: Es kann nicht ihre Aufgabe sein, die Regierenden möglichst ungestört schalten, walten und nach eigenem Gutdünken kommunizieren zu lassen.»

Im Fall von Corona haben die Tamedia-Zeitungen bei dieser Aufgabe versagt. Es überrascht deshalb wenig, dass sie eine Aufarbeitung der Corona-Zeit ablehnen.

** Das zeigt ein Beispiel mit folgenden konkreten Zahlen:*

Erkranken von 10'000 Personen dank der doppelten Impfdosis nur 6 anstatt ohne Impfung 10, dann sind dies zwar 40 Prozent weniger. Doch der Nutzen der Impfungen wäre vernachlässigbar.

Erkranken jedoch von 10'000 Personen dank der doppelten Impfdosis 600 anstatt ohne Impfung 1000, dann sind dies ebenfalls 40 Prozent weniger. Doch der Nutzen der Impfungen wäre enorm gross.



Armeechef fordert Politiker auf, ein «offenes Gespräch» mit der Öffentlichkeit zu führen, um sich auf einen Krieg vorzubereiten

uncut-news.ch, Oktober 17, 2026

Der britische Armeechef Roly Walker stellt die Bevölkerung auf mögliche Opfer zugunsten von Verteidigung und Sicherheit ein. Zugleich ist eine von der Politik versprochene nationale Debatte über Verteidigung nach Angaben von «Sky News» bislang nicht in Gang gekommen. Walkers Forderung nach Zustimmung trifft damit auf eine Regierung, die ihre angekündigte öffentliche Kommunikation noch schuldet.

Bei einem Besuch in der Garnison Catterick sagte General Sir Roly Walker vor rund 700 Soldaten, politische Führungskräfte würden «sehr bald» offen mit der Bevölkerung darüber sprechen, was vor sich gehe und wo Risiken lägen. Die Bürger müssten Einschnitte zugunsten von Verteidigung und Sicherheit akzeptieren und selbst einen Beitrag leisten, sagte er. Welche konkreten Opfer oder Massnahmen gemeint sind, führte Walker in den wiedergegebenen Äusserungen nicht aus.

Seine Botschaft verbindet zwei Anliegen: Die Bevölkerung soll die Arbeit der Streitkräfte verstehen und ihnen den Rückhalt geben, den sie für den Kampf gegen einen Gegner benötigen. Walker sagte, die Bürger müssten zustimmen, damit das Militär seine Aufgabe erfüllen könne. Das ist ein Plädoyer für gesellschaftliche Zustimmung zu einer stärkeren Priorisierung von Verteidigung – noch keine Beschreibung konkreter Beschlüsse oder Verpflichtungen für Einzelne.

Die politische Vorgeschichte wirft Fragen zum Zeitpunkt der angekündigten Gespräche auf. «Sky News» zufolge hatte Premierminister Keir Starmer vor mehr als 18 Monaten eine nationale Debatte über Verteidigung zugesagt. Andy Burnham habe dieses Versprechen übernommen. Gespräche hätten zwar in Verteidigungs- und Sicherheitskreisen stattgefunden, darunter im Umfeld von «Sky-News»-Formaten; eine zentrale Initiative der Regierung fehle aber weiterhin.

Auch eine angekündigte Kampagne, die Haushalte auf Krisen von Überschwemmungen und Dürren bis hin zu bewaffneten Konflikten vorbereiten soll, sei noch nicht gestartet. Starmer habe diesen Plan von der Vorgängerregierung übernommen, schreibt <Sky News>. Walkers Appell macht die Dringlichkeit aus Sicht der Armee deutlich. Ob die Regierung nun die versprochene Debatte und die praktische Vorbereitung der Bevölkerung nachholt, bleibt offen.

Quelle: Army chief says politicians to start 'frank conversation' with public to prepare for war

Quelle: <https://uncutnews.ch/armeechef-fordert-politiker-auf-ein-offenes-gespraech-mit-der-oeffentlichkeit-zu-fuehren-um-sich-auf-einen-krieg-vorzubereiten/>

INFOSperber
sieht, was andere übersehen.
16.10.2026



Am IstGH in Den Haag wurde der Haftbefehl gegen Benjamin Netanjahu ausgestellt.

© cc-by Greger Ravik / flickr. com

«Das kompromisslose Streben nach nationaler Macht»

Die US-Regierung will den Internationalen Strafgerichtshof demontieren. Die EU will ihn gegen diesen Angriff verteidigen.

German Foreign Policy

Die EU kündigt Widerstand gegen die Drohung der USA an, den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag mit Sanktionen zu belegen und ihn «niederzureissen» [dismantle – Red.]. Man werde den Gerichtshof gegen derlei Drohungen entschlossen verteidigen und alles daransetzen, dass er «weiterhin effektiv arbeiten kann», heisst es in einer am 9. Oktober vorgelegten Erklärung; die EU will dazu ihre «Abwehrverordnung» nutzen.

Kurz zuvor hatte die Trump-Administration angekündigt, den IStGH ab dem 7. April 2027 mit Finanzsanktionen in den Kollaps zu treiben. Die USA hatten den Gerichtshof, der besonders von Deutschland und der EU genutzt wurde, um missliebige Funktionsträger vor allem auf dem afrikanischen Kontinent auszuschalten, schon 2020 attackiert, als er Ermittlungen wegen Kriegsverbrechen in Afghanistan aufnahm. Als er 2024 begann, wegen genozidaler Kriegsverbrechen gegen Israel zu ermitteln, sandten zwölf US-Senatoren, darunter Marco Rubio, ihm einen Drohbrief: «Wenn Sie Israel ins Visier nehmen, nehmen wir Sie ins Visier.» US-Aussenminister Rubio bekräftigte am 14. Oktober 2026, die Trump-Administration beuge sich dem IStGH nicht. Sie habe sich «für das kompromisslose Streben nach nationaler Macht» entschieden.

Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag, der am 1. Juli 2002 seine Arbeit aufgenommen hatte, fungierte lange Jahre ausschliesslich als Instrument zur Aburteilung von Personen, die dem Westen nicht genehm waren. Weil er in den ersten 14 Jahren seines Bestehens nur Gerichtsverfahren gegen Bürger afrikanischer Staaten eröffnet hatte, wurde er auf dem afrikanischen Kontinent häufig als «Afrika-Gerichtshof» verspottet.

Als er 2016 – auch unter dem Druck dieses Spotts – begann, gegen Bürger nichtafrikanischer Staaten zu ermitteln, traf es immer noch lediglich Gegner der westlichen Politik aus Ländern von Venezuela bis Myanmar. Ermittlungen gegen Bürger westlicher Staaten galten lange Zeit als undenkbar. Auf Ermittlungen der damaligen IStGH-Chefanklägerin Fatou Bensouda wegen Kriegsverbrechen in Afghanistan – darunter solche die US-Militärs zugeschrieben wurden – reagierte die US-Administration unter Präsident Donald Trump,

indem sie am 2. September 2020 Sanktionen gegen Bensouda in Kraft setzte. Zur lange Zeit einseitig pro-westlichen Funktion des Gerichts passte, dass es am 17. März 2023 einen Haftbefehl gegen Russlands Präsidenten Wladimir Putin erliess; es warf ihm die gezielte Verschleppung zahlreicher ukrainischer Kinder vor [1].

Beihilfe zum Genozid

Eine Wende kam im Lauf des Jahres 2024, als der IStGH sich mit den israelischen Kriegsverbrechen im Gazakrieg wie auch mit Israels genozidaler Kriegsführung zu befassen begann und erste Massnahmen gegen das Land ergriff – bis hin zum Erlass von Haftbefehlen gegen Israels Premierminister Benjamin Netanjahu sowie gegen dessen damaligen Verteidigungsminister Joaw Gallant am 21. November 2024.

Am 1. März 2024 eröffnete der IStGH darüber hinaus ein von Nicaragua initiiertes Verfahren gegen Deutschland wegen Beihilfe zum Genozid, so zum Beispiel durch Waffenlieferungen an Israel [2]. Damit wurden zum ersten Mal westliche Staaten sowie westliche Regierungspolitiker angeklagt: ein erster Hinweis darauf, dass sich im Hintergrund des IStGH die Kräfteverhältnisse schrittweise verschoben und die westliche Dominanz nicht mehr absolut gesichert war.

Ein Drohbrief

Das war der Zeitpunkt, zu dem sich zwölf US-Senatoren beim IStGH zu Wort meldeten – mit einem Drohbrief. Nachdem der Chefankläger beim IStGH, Karim Khan, am 20. Mai 2024 die Haftbefehle gegen Netanjahu und Gallant beantragt hatte, erklärten die Senatoren in einem Schreiben an ihn: «Sollten Sie einen Haftbefehl gegen die israelische Führung erlassen, werden wir das nicht bloss als eine Drohung gegen die Souveränität Israels auffassen, sondern auch als eine Drohung gegen die Souveränität der Vereinigten Staaten.» [3] Weiter hiess es, die USA würden «keine politisierten Angriffe des IStGH auf unsere Verbündeten dulden»: «Wenn Sie Israel ins Visier nehmen, nehmen wir Sie ins Visier.»

Falls der Gerichtshof die Verfahren gegen Netanjahu und Gallant weiterführe, «werden wir jegliche amerikanische Unterstützung für den IStGH einstellen, Sanktionen gegen Ihre Mitarbeiter und Partner verhängen und Ihnen und Ihren Familien die Einreise in die USA verweigern»: «Wir haben Sie gewarnt.» [4]

Einer der zwölf Unterzeichner des Drohbriefs war der damalige US-Senator und jetzige US-Aussenminister Marco Rubio.

Das Vorhaben: Den IStGH zerlegen

Die Trump-Administration ging schon bald dazu über, Massnahmen gegen den IStGH zu initiieren und Sanktionen gegen einzelne IStGH-Funktionäre einzuleiten. Bereits am 13. Februar 2025 traf es IStGH-Chefankläger Karim Khan; Washington untersagte es allen US-Bürgern, -Organisationen und -Unternehmen, mit ihm in irgendeine Geschäftsbeziehung zu treten, und verhängte ein Einreiseverbot nicht nur gegen ihn, sondern – in einem Akt der Sippenhaft – auch gegen seine Ehefrau und seine Kinder. Sanktionen gegen weitere IStGH-Mitarbeiter folgten.

Am 13. Juli 2026 kündigte US-Aussenminister Marco Rubio dann in einem persönlich gezeichneten Meinungsbeitrag im «Wall Street Journal» an, weitere Schritte gegen den IStGH einzuleiten. Im Hinblick auf Forderungen, die Trump-Administration wegen der US-Bootsmorde in der Karibik [5] oder wegen illegaler Abschiebungen nach El Salvador vor dem IStGH anzuklagen, schrieb Rubio, jegliche «Einmischung des IStGH in Operationen des amerikanischen Militärs und der Strafverfolgungsbehörden» würde «das Ende der USA als souveräne und unabhängige Nation bedeuten»: «Unter Einsatz sämtlicher Mittel, die unserer Regierung zur Verfügung stehen ..., werden wir den IStGH niederreissen [we will dismantle – Red.]» – «notfalls Stein für Stein» [6].

«Die grossartigste Zivilisation der Geschichte»

Rubio hat dem Dominanzstreben der absteigenden Weltmacht USA, das sich auch im Vorgehen der Trump-Administration gegen den IStGH zeigt, in mehreren Reden Ausdruck verliehen. So erklärte er etwa am 14. Februar 2026 auf der Münchner Sicherheitskonferenz, «fünf Jahrhunderte lang» sei «der Westen expandiert» – «mit Missionaren», mit «Soldaten», die «Ozeane überquert, neue Kontinente besiedelt, riesige Reiche errichtet» hätten. Die «grossartigen westlichen Reiche» seien nach 1945 «von gottlosen kommunistischen Revolutionen und antikolonialen Aufständen» erschüttert worden [7]. Die Ansicht, «dass die Ära der westlichen Dominanz an ihr Ende gekommen» sei, akzeptiere nun aber die Trump-Administration nicht; sie werde stattdessen «die grossartigste Zivilisation in der Geschichte der Menschheit erneuern».

Gedanklich schloss Rubio in einer Rede, die er am 7. Oktober in Athen hielt, daran an. Bedauerlicherweise habe der Westen begonnen, «sich für genau die Dinge zu schämen, die uns so aussergewöhnlich gemacht haben», erklärte er: «Wir glaubten nicht mehr, dass wir unsere Grösse verdient und uns erarbeitet hatten.» [8] Die Trump-Administration ändere das nun: «Wir entscheiden uns für das kompromisslose Streben nach nationaler Macht.»

Rubio fuhr fort, «der Kurs», den man jetzt einschlage, werde «darüber entscheiden, ob der Westen seinen Platz an der Spitze der Welt behält» oder ob er sich «mit einer Zukunft des Verfalls, der Unterwerfung und des Niedergangs abfindet».

Der Widerstand der EU

Am 9. Oktober hat die Trump-Administration Sanktionen gegen den IstGH angekündigt, die am 7. April kommenden Jahres in Kraft treten sollen. Dabei handelt es sich um Finanzsanktionen, die dem gesamten Gerichtshof jegliche Nutzung von US-Dollar verbieten und ihn damit vom globalen Finanzsystem abschneiden [9]. Deutschland sowie die EU haben erklärt, dies nicht hinnehmen zu wollen und «alle erforderlichen Massnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass der Gerichtshof weiterhin effektiv arbeiten und sein unverzichtbares Mandat erfüllen kann» [10].

Dazu soll die «Abwehrverordnung» der EU, das «Blocking Statute», eingesetzt werden. Es untersagt es Personen, Organisationen wie auch Unternehmen aus der EU, bestimmte Sanktionen anderer Staaten einzuhalten. Die Äusserung ist eine offene Kampfansage an die Trump-Administration. Wie die EU sich durchzusetzen gedenkt, die bisher jeden offenen Widerstand gegen die US-Regierung scheut, ist nicht erkennbar.

[1] S. dazu Der Westen, der Süden und das Recht (III).

[2] S. dazu Der Westen, der Süden und das Recht (II) und Erstmals gegen den Westen.

[3], [4] Elliott Abrams: International Criminal Court Prosecutor Threatens United States Senators. cfr.org 24.05.2024.

[5] S. dazu Von Drohnen- zu Bootsmorden.

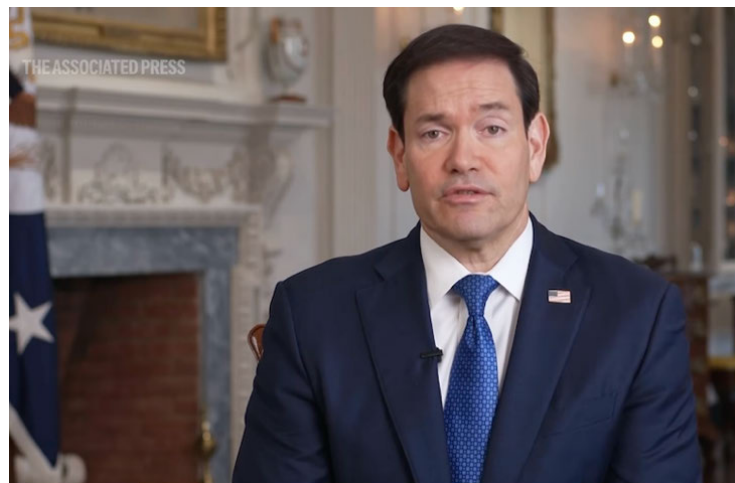
[6] Marco Rubio: Why We're Dismantling the International Criminal Court. wsj.com 13.07.2026.

[7] Secretary of State Marco Rubio at the Munich Security Conference. state.gov 14.02.2026.

[8] Secretary of State Marco Rubio Remarks. state.gov 07.10.2026

[9] Matthew Dalton, Vera Bergengruen, Laurence Norman: U.S. Sanctions and Threatens to Dismantle International Criminal Court. wsj.com 09.10.2026.

[10] Thomas Gutschker: Wie die EU den Strafgerichtshof vor Amerika schützen will. Frankfurter Allgemeine Zeitung 12.10.2026.



«Experten, die einen Ozean entfernt sind, wollen unsere gewählten Führungspersönlichkeiten strafrechtlich verfolgen.» Das war eines der Argumente, mit denen US-Kriegsminister Pete Hegseth vor wenigen Tagen die Sanktionen gegen den IstGH begründete. © Associated Press via Youtube

Internationaler Gerichtshof soll keine US-Politiker verfolgen

Schon unter Präsident Bill Clinton standen die USA dem Gericht in Den Haag skeptisch gegenüber. Nun greifen sie es frontal an.

Martina Frei

Sowohl die USA als auch Russland und Israel attackieren den Internationalen Strafgerichtshof scharf. US-Beamte seien «von Anfang an» misstrauisch gewesen gegenüber dem Internationalen Strafgerichtshof (IstGH) in Den Haag, der 2002 seinen Betrieb aufnahm. Daran erinnert der emeritierte US-Geschichts-Professor Lawrence S. Wittner in einem Beitrag auf «Pressenza».

Er rekapituliert kurz die Geschichte des IStGH. «Die neue Organisation hatte das Mandat, Einzelpersonen wegen Völkermord, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und – nach 2018 – des Verbrechens der Aggression zu verfolgen. Sobald Nationen das Gründungsdokument des IStGH, das Römische Statut, ratifizierten, übernahmen sie die Verantwortung, diese Personen zu verhaften und sie dem Gericht zur Verhandlung zu überstellen.

Der IStGH, der dazu konzipiert war, nationale Strafjustizsysteme zu ergänzen und nicht zu ersetzen, konnte Fälle nur dann verfolgen, wenn Länder nicht willens oder nicht in der Lage waren, dies selber zu tun. Insgesamt 125 Länder – fast zwei Drittel der Nationen der Welt – haben das Römische Statut ratifiziert.»

Schon Bill Clinton sträubte sich

Der demokratische US-Präsident Bill Clinton habe das Römische Statut zwar unterzeichnet, es aber dem US-Senat zur Ratifizierung nicht vorgelegt, da es aus seiner Sicht «erhebliche Mängel» hatte und nicht in der Lage sei, US-Beamte vor unbegründeten Anklagen zu schützen.

Der nachfolgende republikanische US-Präsident George W. Bush «entsignierte» den Vertrag im Jahr 2002 und unterzeichnete stattdessen ein US-Gesetz, das «militärische Gewalt autorisierte, um alle amerikanischen Staatsangehörigen zu befreien, die wegen Verbrechen festgehalten würden».

US-Präsident Donald Trump ging noch weiter als Bush: Er stellte in seiner ersten Amtszeit den IStGH vor der UN-Generalversammlung 2018 überhaupt in Frage: «Der IStGH besitzt weder Zuständigkeit noch Legitimität noch Befugnis. Er beansprucht eine nahezu universelle Gerichtsbarkeit über die Bürger aller Länder und verstösst damit gegen sämtliche Grundsätze von Gerechtigkeit, Fairness und rechtsstaatlichen Verfahren. Wir werden die Souveränität Amerikas niemals einer nicht gewählten, keiner Rechenschaftspflicht unterliegenden globalen Bürokratie preisgeben. Amerika wird von Amerikanern regiert. Wir lehnen die Ideologie des Globalismus ab und bekennen uns zur Doktrin des Patriotismus.»

Jegliche Bemühungen des IStGH, das Verhalten von US-Personal in Afghanistan zu untersuchen, habe Trump mit Wirtschaftssanktionen und Visa-Beschränkungen gegen führende IStGH-Beamte beantwortet, schreibt Wittner.

Russland arbeitete anfangs mit

Die russische Regierung ihrerseits habe das Römische Statut zunächst unterzeichnet und Wittner zufolge auch «konstruktiv» am IStGH teilgenommen.

Doch sie «zog ihre Unterschrift zurück, nachdem die Ukraine 2014 und 2015 den IStGH aufgefordert hatte, russische Kriegsverbrechen in der Ukraine zu untersuchen».

Der IStGH leitete nach der russischen Invasion von 2022 und dem Massaker in Butscha eine Untersuchung ein. 2023 erliess er Haftbefehle gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin und die Kinderrechtskommissarin Maria Lwowa-Bełowa wegen der Entführung Tausender ukrainischer Kinder.

Die russische Regierung bestritt die Beschuldigungen Butscha betreffend, bezeichnete das Massaker als «false flag»-Operation «und wies auch die Entführungsanklage als «empörend» zurück. Dmitri Medwedew, stellvertretender Vorsitzender des russischen Sicherheitsrates, drohte mit einem russischen Hyperschallraketenangriff auf das IStGH-Hauptquartier.»

Putin müsste bei Friedensverhandlungen festgenommen werden

Der Haftbefehl des IStGH gegen Wladimir Putin hat auch Konsequenzen für die diplomatischen Bemühungen, etwa der Schweiz, den Ukraine-Krieg zu beenden. Laut dem IStGH müsste die Schweiz Wladimir Putin festnehmen, falls er zu Friedensgesprächen in die Schweiz reisen würde. «Nur eine Ausnahme lassen die Richter zu», berichtete «SRF»: «Würde die Uno zu einer Friedenskonferenz einladen, könnte der Haftbefehl unter Umständen ausgesetzt werden.»

Trump schaltete in den höchsten Gang

Sowohl seitens der USA als auch Russlands sei der Angriff auf den IStGH danach weiter eskaliert, so Lawrence S. Wittner. US-Präsident Joseph Biden habe zwar Trumps Sanktionen gegen den Gerichtshof aufgehoben und erlaubt, dem IStGH Informationen zu Untersuchungen russischer Gräueltaten in der Ukraine zu übergeben. Gleichzeitig verurteilte Biden jedoch den Haftbefehl des IStGH vom November 2024 gegen führende israelische Beamte wegen Kriegsverbrechen, darunter gegen den israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu.

«Netanjahu griff die, wie er es nannte, «antisemitische Entscheidung» des IStGH an und erklärte, Israel weigere sich, sie zu befolgen.» Mit Trumps Wiederwahl habe die Kampagne zur Zerstörung des IStGH dann «in den höchsten Gang» geschaltet, so Wittner.

Das Argument von US-Aussenminister Marco Rubio im Juli 2026: Es gelte, Amerikaner zu schützen, welche die nationalen Interessen der USA vertreten. Rubio kündigte «eine umfassende Kampagne zur Demontage der Bedrohung» an, die der Internationale Strafgerichtshof für die US-Souveränität darstelle.

US-Kriegsminister Pete Hegseth forderte im August fast 20 Länder auf, ihre Verbindung zum IStGH zu kapfen. Venezuela, Tschad, Burkina Faso, Mali und Niger haben inzwischen angekündigt, sich vom IStGH zurückzuziehen.

Im Dezember 2025 verurteilte ein russisches Gericht den IStGH-Ankläger und acht IStGH-Richter in Abwesenheit wegen «rechtswidriger Strafverfolgung von russischen Bürgern» und verurteilte sie zu Haftstrafen zwischen dreieinhalb und 15 Jahren. Aus Sicht von Lawrence S. Wittner handelte sich dabei um «Vergeltung für die Haftbefehle des IStGH gegen Putin und Lwowa-Belowa».

«Wie das Nobelkomitee bei der Bekanntgabe des Friedenspreises warnte, stehen die «Richter und Institutionen des Völkerrechts unter politischem Beschuss», schliesst Wittner und warnt: «Wenn der Angriff erfolgreich ist, wird er nicht nur für die Rechtsstaatlichkeit, sondern auch für die Sache der Menschenrechte eine Katastrophe bedeuten.»



Menschliche Intelligenz, künstliche Intelligenz und die Zukunft der algorithmischen Kriegsführung

Lorenzo Maria Pacini, uncut-news.ch, Oktober 16, 2026

Je mehr die Technologie den Handelnden von den Folgen seines Handelns entfernt, desto grösser muss seine Verantwortung werden.

Vom Menschen zum Zielobjekt

Was wird aus der Menschlichkeit, wenn die Technologie in der Lage ist, Menschen zu erkennen, zu klassifizieren, zu verfolgen und schliesslich zu töten, ohne dass diejenigen, die die Angriffe ausführen, sie jemals gesehen haben? Mein Freund Mohammad Reza Dehshiri stellte genau diese Frage, und seine Antwort ist eindringlich. Die Gefahr, schreibt er, sei nicht die künstliche Intelligenz, sondern die künstliche Unmenschlichkeit – also die Möglichkeit, dass Maschinen immer präziser werden, während Menschen sich immer weniger für das verantwortlich fühlen, was diese Maschinen in ihrem Namen tun.

Mit diesem Artikel beginne ich eine Serie, die Dehshiris Analyse als Ausgangspunkt nimmt und versucht, sie weiterzuführen. Wenn das Problem die «künstliche Unmenschlichkeit» ist, kann die Antwort nicht in einer «ethischen» KI liegen, als wäre Ethik ein Modul, das man nachträglich in ein bereits entwickeltes System einbauen könnte. Wir müssen uns eine Kategorie zurückerobern, die durch den technologischen Fachjargon nahezu unaussprechlich geworden ist: die menschliche Intelligenz. Dabei darf sie nicht als ein Überbleibsel verstanden werden, das inmitten der Komplexität der Automatisierung geschützt werden muss, sondern als eine Form des Wissens mit eigenen, unverwechselbaren Eigenschaften, die durch keine noch so grosse Steigerung der Rechenleistung ersetzt werden kann.

Ich werde sie als Human Intelligence bezeichnen, und die Doppeldeutigkeit ist beabsichtigt. Im Fachjargon der Nachrichtendienste bezeichnet HUMINT die älteste der nachrichtendienstlichen Disziplinen: jene, die sich auf Menschen, Quellen, Sprachen und den geduldigen Aufenthalt an bestimmten Orten stützt. In der philosophischen Terminologie bezeichnet der Ausdruck die Fähigkeit des Verstehens. Die These dieses ersten Beitrags lautet, dass diese beiden Bedeutungen heute zusammenlaufen und dass ihre Verbindung geopolitische Auswirkungen hat, die weit über die Debatte über die Ethik von Waffensystemen hinausgehen. Wir können die operative Kette der modernen Kriegsführung in sieben Phasen beschreiben: erkennen, identifizieren, klassifizieren, vorhersagen, priorisieren, als Ziel auswählen und angreifen. Jedes Glied dieser Kette kann technisch verfeinert werden, ohne dass die Abfolge als Ganzes dadurch moralisch besser wird. Das

daraus entstehende Phänomen wird als «Datafizierung des menschlichen Lebens» bezeichnet: Der Einzelne wird auf eine Identität, einen Standort, ein Verhaltensmuster und einen Bedrohungswert reduziert. Das ist keine Abstraktion. Im April 2024 beschrieb eine Untersuchung von Yuval Abraham für «+972 Magazine» und «Local Call» das System «Lavender», das von den israelischen Streitkräften im Gazastreifen eingesetzt wurde, um Zehntausenden Menschen eine Wahrscheinlichkeit für ihre Zugehörigkeit zu bewaffneten Gruppen zuzuweisen. Laut internen Quellen, die in der Untersuchung zitiert wurden, beschränkte sich die menschliche Überprüfung jedes Namens häufig auf nicht mehr als zwanzig Sekunden – die Zeit, die benötigt wurde, um festzustellen, ob die Zielperson männlich war. Die israelischen Streitkräfte haben diese Darstellung bestritten und «Lavender» als eine Datenbank beschrieben, die Analysten unterstützen soll. Selbst wenn man jedoch die offizielle Version akzeptiert, bleibt der entscheidende Punkt bestehen: Ein menschlicher Bediener war anwesend, und seine Anwesenheit reichte nicht aus, um die Empfehlung des Systems in ein eigenständiges Urteil zu verwandeln.

Die kognitive Psychologie hat einen Namen für dieses Phänomen: Automatisierungsverzerrung (Automation Bias). Gemeint ist die Tendenz von Menschen, die mit einem automatisierten System arbeiten, dessen Empfehlungen als Ersatz für ihre eigene Überprüfung zu betrachten und nicht nach Informationen zu suchen, die diesen Empfehlungen widersprechen könnten. Bereits 1976 unterschied Joseph Weizenbaum – der eines der ersten Gesprächsprogramme der Geschichte entwickelt hatte – zwischen der Fähigkeit zu rechnen und der Fähigkeit zu urteilen. Er argumentierte, dass es Aufgaben gibt, die einem Computer nicht anvertraut werden sollten, selbst wenn dieser in der Lage wäre, sie auszuführen. Ein halbes Jahrhundert später ist diese Unterscheidung noch dringlicher geworden. Berechnungen arbeiten mit dem, was bereits in Daten übersetzt wurde. Das Urteilsvermögen muss entscheiden, ob diese Übersetzung der Wirklichkeit gerecht geworden ist.

Dehshiri bringt den Punkt mit vier Unterscheidungen auf den Punkt: Technische Präzision ist nicht ethische Präzision; Genauigkeit ist nicht Gerechtigkeit; Automatisierung ist nicht Verantwortung; technologische Überlegenheit ist nicht moralische Überlegenheit. Ich würde eine fünfte Unterscheidung erkenntnistheoretischer Natur hinzufügen, von der die anderen abhängen: Korrelation ist nicht Verstehen. Ein System des maschinellen Lernens erkennt statistische Muster in einem Datensatz. Es weiss nicht, was eine Schule ist, weil es nicht weiss, was ein Kind ist, und es weiss nicht einmal, dass es dies nicht weiss.

Der Iraner führt eine interessante Fallstudie an: Am 28. Februar 2026 wurde in den frühen Stunden des Krieges die Grundschule Shajareh Tayyebah in Minab in der Provinz Hormozgan während der Unterrichtszeit mehrfach getroffen. Die von den iranischen Behörden genannten Zahlen reichen von 150 bis 175 Todesopfern, von denen die überwiegende Mehrheit Mädchen waren, dazu Dutzende Lehrkräfte und einige Eltern; der Bezirksstaatsanwalt bezifferte die endgültige Zahl der Todesopfer auf 156. Washington hat seine Verantwortung nie direkt eingeräumt und auch die Ergebnisse der Untersuchung des Pentagons nicht veröffentlicht. Amnesty International bezeichnete den Vorfall im günstigsten Fall als schwerwiegendes Versagen der Nachrichtendienste.

Es gibt ein Detail, das durch Satellitenbilder bekannt wurde und die Analyse von der moralischen auf die sachliche Ebene verlagert. Westlichen Medien zufolge stand die Schule neben einem Marinestützpunkt der Revolutionsgarden und war früher Teil dieses Stützpunkts gewesen. Zu den Erklärungen, die in US-Kreisen kursieren, gehört die Möglichkeit veralteter Zieldaten. Sollte sich diese Hypothese bestätigen, wäre Minab kein Fall, in dem eine Maschine einen Fehler gemacht hat, sondern ein Fall, in dem eine Datenbank nicht mehr der Wirklichkeit entsprach. Das Gebäude hatte sich verändert. Die Daten nicht.

Kein noch so ausgefeilter Klassifizierungsalgorithmus kann erkennen, dass ein ehemaliges Militärgebäude inzwischen eine Schule geworden ist, wenn niemand diese Veränderung erfasst hat. Jeder, der in Minab lebte, wusste das: die Eltern, die ihre Töchter jeden Morgen zur Schule brachten, der Schulbusfahrer, die Lehrer. Genau diese Art von Wissen wird durch HUMINT gesammelt und von der Kriegsführung aus der Ferne zunehmend als überflüssig betrachtet, weil sie langsam, kostspielig und schwer in grossem Massstab einsetzbar ist. Auf Grundlage öffentlich zugänglicher Quellen erscheint eine Verantwortung der USA sehr wahrscheinlich, während die genauen Umstände unklar bleiben und die Gewissheit in dieser Frage gering ist: ein Datenbankfehler, ein Klassifizierungsfehler oder die bewusste Inkaufnahme des Risikos. Alle drei Hypothesen führen jedoch zu derselben Frage: Wer hat vor dem Angriff überprüft, ob sich Menschen in diesem Gebäude befanden?

Über «Human-in-the-Loop» hinaus

Die internationale Debatte hat sich lange mit dem Prinzip des «Human-in-the-Loop» begnügt, bei dem ein Mensch Teil des Entscheidungsprozesses ist.

Diese Formel reicht nicht aus: Ein Mensch kann zwar Teil des Entscheidungsprozesses sein, aber dennoch lediglich die Empfehlung des Algorithmus abnicken. Er schlägt vor, sie durch ein anspruchsvolleres Prinzip zu ersetzen, das er «Humanity-in-Command» nennt: Die tatsächliche Fähigkeit, den automatisierten Prozess zu hinterfragen, abzulehnen, zu übersteuern und anzuhalten.

Die Geschichte des Kalten Krieges bietet zwei Beispiele, die verdeutlichen, was dies in der Praxis bedeutet. Am 26. September 1983 meldete das sowjetische Frühwarnsystem Oko den Start von fünf ballistischen Raketen aus den Vereinigten Staaten. Der diensthabende Offizier Stanislaw Petrow stufte den Alarm als Fehlalarm ein und meldete ihn nicht als laufenden Angriff weiter, da er davon ausging, dass ein amerikanischer Erstschlag niemals nur aus fünf Raketen bestehen würde. Er hatte recht: Der Satellit hatte die Reflexion der Sonne auf den Wolken mit Raketenstarts verwechselt. Einundzwanzig Jahre zuvor, am 27. Oktober 1962, stand das sowjetische U-Boot B-59 in der Karibik, isoliert und unter Beschuss durch Signalwasserbomben, kurz davor, einen nuklear bestückten Torpedo abzufeuern. Für den Abschuss war die Zustimmung der drei ranghöchsten Offiziere an Bord erforderlich, und Wassili Archipow verweigerte diese Zustimmung. In keinem der beiden Fälle bestätigte der Mensch eine Empfehlung des Systems. Er widersprach ihr. Und er tat dies nicht, weil er über mehr Daten verfügte: Tatsächlich waren die Daten das Problem. Er tat es, weil er sich eine Frage stellen konnte, die ihm kein Verfahren vorschrieb, nämlich ob das, was er sah, im Zusammenhang mit allem anderen, was er über die Welt wusste, sinnvoll erschien. Petrow war mit der amerikanischen Nukleardoktrin vertraut; Archipow kannte den Unterschied zwischen einem Angriff und einer Drohung. Diese Fähigkeit, ein Signal mit dem Gesamtbild und ein Detail mit dem Plausiblen abzugleichen, nenne ich menschliche Intelligenz. Es ist bemerkenswert, dass die Dena von einem U-Boot versenkt wurde. Wir wissen nicht, welche Fragen ihren Offizieren gestellt wurden und welchen Spielraum sie für eigene Entscheidungen hatten.

Dieser Vorschlag bedarf einer Präzisierung, da die Gefahr besteht, ihn auf einen allgemeinen humanistischen Appell zu reduzieren. Menschliche Intelligenz, wie ich sie verstehe, ist auf drei unterschiedlichen Ebenen aufgebaut, von denen jede eine strukturelle – und nicht nur eine vorübergehende – Grenze der künstlichen Intelligenz markiert.

Die erste Ebene ist erkenntnistheoretischer Natur. Die scholastische Tradition unterschied zwischen intellectus, dem Akt, durch den das Bewusstsein eine Wahrheit unmittelbar erfasst, und ratio, dem schlussfolgernden Prozess, bei dem man von einem Element zum nächsten gelangt. Für Thomas von Aquin (*Summa Theologiae*, I, q. 79, a. 8) sind die beiden keine getrennten Fähigkeiten, sondern Aspekte eines einzigen Intellekts, bei dem das Denken mit einem Verstehen beginnt und zu einem Verstehen zurückkehrt. Heutige Systeme des maschinellen Lernens verwirklichen eine Ratio von beispielloser Leistungsfähigkeit, die in einem für das menschliche Bewusstsein unerreichbaren Massstab Schlussfolgerungen ziehen, kombinieren und Vorhersagen treffen kann. Ihnen fehlt der Aspekt des intellectus, also das Erfassen der Bedeutung dessen, was sie verarbeiten. Dies ist eine philosophische These und muss auch als solche dargestellt werden, doch sie hat konkrete praktische Konsequenzen: Ein System ohne Verständnis kann nicht erkennen, wann sein eigenes Weltmodell falsch geworden ist.

Der zweite Aspekt ist praktischer Natur. Prudentia, die Klugheit, ist nach der thomistischen Definition die auf das Handeln angewandte rechte Vernunft, und ihre besondere Aufgabe besteht darin, das allgemeine Prinzip auf den konkreten Einzelfall anzuwenden. Die Maschine verallgemeinert: Ihr Wert liegt darin, den Einzelfall einer Klasse zuzuordnen. Die Klugheit tut das Gegenteil, denn sie muss erkennen, was in diesem besonderen Fall ausserhalb der Klasse liegt. Der Krieg, der das Reich des Einmaligen und Unvorhergesehenen ist, stellt den Bereich dar, in dem dieser Unterschied am stärksten ins Gewicht fällt. Die vatikanische Note *«Antiqua et nova»* vom Januar 2025 griff diesen Gedankengang auf und betonte die verkörperte und beziehungsbezogene Natur menschlicher Intelligenz sowie ihre Unreduzierbarkeit auf eine blosser Verarbeitungsfunktion.

Die dritte Ebene ist relational, und hier trifft die philosophische Bedeutung auf jene der Nachrichtendienste. Sherman Kent, der in den Vereinigten Staaten der Nachkriegszeit das Fachgebiet der Nachrichtendienststudien praktisch begründete, definierte Nachrichtendiensttätigkeit in erster Linie als Wissen, noch bevor er sie als Organisation oder Tätigkeit betrachtete. HUMINT ist die Form dieses Wissens, die über den anderen Menschen als Person vermittelt wird: jemanden, der dessen Sprache spricht, seine Bräuche kennt, ein Viertel einschätzen kann und ein Fest von einer politischen Kundgebung unterscheiden kann. In den vergangenen drei Jahrzehnten haben die Grossmächte ihre Ressourcen zunehmend auf technische Disziplinen verlagert, von der Fernmeldeaufklärung über die Satellitenüberwachung bis hin zu Plattformen zur Zusammenführung von Daten. Minab veranschaulicht die Kosten dieses Ungleichgewichts.

Nichts davon bedeutet eine Ablehnung der Technologie. Menschliche Intelligenz steht der KI nicht so gegenüber wie ein Handbuch einem Mechaniker. Sie stellt eine Hierarchie her: Der Algorithmus ist ein Werkzeug, das einem Urteil untergeordnet ist, das er selbst nicht hervorbringen kann. Daraus ergibt sich ein von Dehshiri formulierter Grundsatz, der es verdient, zu einem operativen Kriterium zu werden: Je mehr die Technologie den Handelnden von den Folgen seines eigenen Handelns entfernt, desto stärker muss die bewusste Verantwortung des Entscheidungsträgers zunehmen, nicht abnehmen.

Geopolitisch betrachtet

Bis hierhin könnte die Frage wie ein Problem der Moralphilosophie erscheinen. Sie ist jedoch weit mehr als das. Die Verteilung der Fähigkeiten zur algorithmischen Kriegsführung ist eine Verteilung von Macht, und

die Regeln, die sie bestimmen, werden – sofern sie überhaupt geschrieben werden – von jenen verfasst, die ein Interesse daran haben, diese Fähigkeiten so wenig wie möglich einzuschränken.

Der Zustand des Völkerrechts bestätigt dies. Die im Rahmen des Übereinkommens über bestimmte konventionelle Waffen eingesetzte Gruppe von Regierungsexperten diskutiert seit 2017 über tödliche autonome Waffensysteme, ohne bislang ein verbindliches Instrument hervorgebracht zu haben. Im November 2023 förderten die Vereinigten Staaten eine politische Erklärung über den verantwortungsvollen militärischen Einsatz von KI, die per Definition nicht rechtsverbindlich ist. Im Dezember desselben Jahres verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen die erste Resolution, die diesen Systemen gewidmet war, während das Internationale Komitee vom Roten Kreuz bereits seit 2021 ein Verbot unvorhersehbarer autonomer Systeme und solcher Systeme fordert, die darauf ausgelegt sind, Menschen als Ziele auszuwählen. Im Juni 2024 forderte Papst Franziskus auf dem G7-Gipfel in Borgo Egnazia, dass niemals eine Maschine in die Lage versetzt werden dürfe, über das Leben eines Menschen zu entscheiden. Die Kluft zwischen diesen Positionen und der Realität auf den Schlachtfeldern des Jahres 2026 lässt sich an der Zahl der Opfer ablesen.

Es gibt zudem eine tiefere Asymmetrie. Wer die Daten kontrolliert, entscheidet darüber, wer zum Ziel wird, und die Opfer der algorithmischen Kriegsführung befinden sich überwiegend ausserhalb des Westens: im Gazastreifen, im Iran, in der Sahelzone und im Jemen. Für Staaten, die weder die Plattformen herstellen noch deren Datenbanken kontrollieren, wird menschliche Intelligenz damit zu einer Frage der Souveränität. Ein Land, das sprachliche Kompetenz, regionale Kenntnisse und menschliche Nachrichtendienstnetzwerke aufrechterhält, bewahrt seine Unabhängigkeit im Urteilen. Ein Land hingegen, das sein Weltbild Systemen anvertraut, die anderswo – häufig von privaten Unternehmen – entwickelt wurden, gibt diese Unabhängigkeit zusammen mit seinen Daten auf. In einer Weltordnung, die sich zunehmend in Richtung Multipolarität bewegt, wird diese Unterscheidung jene Akteure, die selbst urteilen, von jenen trennen, über die geurteilt wird.

Dies führt zu einem konkreten Vorschlag, den ich in künftigen Artikeln weiterentwickeln werde. Neben dem allgemeinen Grundsatz einer wirksamen menschlichen Kontrolle könnte das humanitäre Völkerrecht eine spezifische Verpflichtung zur menschlichen Überprüfung des zivilen Status jeder festen Infrastruktur festschreiben, die in eine Zielliste aufgenommen wird. Dabei müsste ein Ablaufdatum gelten, nach dessen Überschreitung die Informationen ihre Gültigkeit verlieren und anhand direkter Quellen erneuert werden müssen. Dies ist ein Mindeststandard. Auf Minab angewandt, hätte er verlangt, dass jemand die Frage stellt, ob dieses Gebäude noch immer das war, was darüber in den Unterlagen stand.

Die Technologie kann bestimmen, wie eine Waffe ihr Ziel erreicht, während es Aufgabe der Menschheit ist, zu entscheiden, ob dieses Ziel überhaupt angegriffen werden sollte. Die grundlegende Frage hinter all dem lautet, wer diese Menschlichkeit in der Praxis ausübt, mit welchen Erkenntnismitteln und innerhalb welcher Institutionen. In Minab hätte jemand wissen müssen, dass sich dort eine Schule befand. Die Tatsache, dass niemand es wusste oder dass niemand danach fragte, ist der Punkt, an dem wir erneut ansetzen müssen.

Quelle: Human intelligence, artificial intelligence and the future of algorithmic warfare

Quelle: <https://uncutnews.ch/menschliche-intelligenz-kuenstliche-intelligenz-und-die-zukunft-der-algorithmischen-kriegsfuehrung/>

INFOSperber
sieht, was andere übersehen.
17.10.2026



Elon Musk © Image Press Agency/Depositphotos

Nehmt Elon Musk das Geld weg! Ein Kommentar

Multimilliardär Musk entscheidet über Krieg und Frieden. Es ist der ultimative Grund, das Vermögen von Milliardären zu besteuern.

Robert Reich

Auf Vermögen gibt es in den USA auf Bundesebene keine Steuern. Das muss sich ändern. Wir müssen das grosse Geld endlich aus der Politik verbannen. Wir müssen verbieten, dass Milliardäre grosse Medienkonzerne aufkaufen. Und wir müssen verhindern, dass riesige Rüstungsaufträge an Milliardäre vergeben werden.

Am Mittwoch dankte der ehemalige ukrainische Verteidigungsminister Mychajlo Fedorov Musk dafür, dass er die lebenswichtige Hochgeschwindigkeitsverbindung seines Starlink-Satellitennetzes wiederhergestellt hatte: «Danke, @elonmusk. Wir hoffen auf deine weitere Unterstützung.» Die Verbindung hatte sich verlangsamt, nachdem Musk am Samstag gepostet hatte: «Selensky ist zu weit gegangen.»

Wer hat Musk überhaupt die Befugnis erteilt, seinen Satellitendienst zu drosseln oder sich öffentlich zum ukrainischen Präsidenten Selensky zu äussern? Musk sagt, die Starshield-Systeme seien Eigentum der US-Regierung und würden von dieser kontrolliert, und dass «jegliche Einschränkungen hinsichtlich Geschwindigkeit oder Nutzung vom US-Militär und letztendlich vom Präsidenten beschlossen werden».

Doch wenn das der Fall wäre, warum hat sich der ukrainische Verteidigungsminister Fedorov dann bei Musk bedankt?

Es muss das Ziel vernünftiger Menschen sein, Musk die finanziellen Mittel zu entziehen und ihn – und auch Trump – so weit wie möglich aus der Politik zu entfernen.

Das wird schwierig sein. Musk hat bisher rund 366 Millionen Dollar in den Wahlzyklus der Zwischenwahlen 2026 gesteckt, davon 276 Millionen Dollar seit Juli. Dies ausschliesslich, um den Republikanern zu helfen, die Kontrolle über den Kongress zu behalten. Musk ist er der grösste bekannte Einzelspender der gesamten Zwischenwahlen.

Selbstverständlich zählt er auf eine Menge von Gegenleistungen.

2024 hatte Musk eine Viertelmilliarde Dollar ausgegeben, um Trump zur Rückkehr ins Weisse Haus zu verhelfen. Im Gegenzug verschaffte ihm Trump Zugang zu jedem einzelnen Datenbit, das die US-Regierung über jeden von uns speichert. Dies zusammen mit Aufträgen im Wert von Milliarden Dollar vom Pentagon, die ohne Ausschreibung an Musk vergeben wurden. Sein Starlink-Satellitensystem ist mittlerweile sowohl für die Militärstrategie der USA als auch für die der Ukraine von zentraler Bedeutung.

Ausserdem wurde er mit einer Kettensäge belohnt, die unpassenderweise «Department of Government Efficiency» (Ministerium für Regierungseffizienz) heisst. Mit der Kettensäge zerschlug er die USAID und andere Regierungsbehörden, deren Budget er drastisch kürzte.

Auch Musks Unterstützung für Rechtsextremisten auf der ganzen Welt macht ihn zu einem Sicherheitsrisiko.

In den letzten Monaten spendete Musk mindestens 10 Millionen Dollar an ein texanisches Super-PAC, das den Republikaner Ken Paxton in den Senat wählen will – trotz (oder gerade wegen?) Paxtons langer Geschichte von ethischen Verfehlungen, rechtlichen Kontroversen und Amtsmissbrauch.

Musks Unternehmen haben ihren Hauptsitz in Texas, also muss er sich dort Freunde kaufen.

Am 11. Oktober verbreitete Musk seinen 242 Millionen Followern auf X die Falschmeldung, James Talarico, Paxtons demokratischer Gegenkandidat, habe einen Nervenzusammenbruch erlitten und sei im Lindner Center of Hope, einer psychiatrischen Einrichtung in Ohio, in Behandlung.

Alles Fake. Aufnahmen von Überwachungskameras zeigen Talarico zu Hause und nicht in einer psychiatrischen Einrichtung in Ohio.

Der von Musk geförderte Paxton hatte laut «Wall Street Journal» den Silvesterabend 2024 in Dubai mit seiner ausserehelichen Freundin und zwei Flüchtigen verbracht, die in den USA wegen Gesundheitsbetrugs in Höhe von über 300 Millionen Dollar angeklagt waren. Einer der Männer spendete Paxton in Tranchen 190'000 Dollar, davon 25'000 Dollar, nachdem er in den USA unter Anklage gestellt worden war.

Wahrscheinlich wird es erst nach dem 20. Januar 2029 möglich sein, Musk die finanziellen Mittel zu entziehen. Dann wird in Washington hoffentlich eine Regierung an der Macht sein, die alle Regierungsaufträge an ihn kündigt, seine Monopole aufbricht – eine wiedererstarke Federal Trade Commission und Federal Communications Commission werden dafür sorgen – und ihm eine erhebliche Vermögenssteuer auferlegt.

Themenbezogene Interessenbindung der Autorin/des Autors

Keine. Robert Reich war von 1993 bis 1997 US-Arbeitsminister unter Präsident Bill Clinton. Er setzte er sich ein für die Erhöhung des Mindestlohns und Arbeitnehmerrechte. Heute publiziert er auf Substack und arbeitet für die von ihm mitgegründete Inequality Media Civic Action. Seine Sicht bezieht sich auf die USA, ist jedoch auch für Europa relevant



Fiktive Schlagzeile: Ein geeigneter Köder fürs Interesse der Leser und Leserinnen. © Esther Diener mit KI

Trotz Impfstoff: Trump steckt Putin in der Migros mit Corona an
Mit diesem erfundenen Titel lassen sich hohe Klickzahlen erreichen. Weil die Wörter oft gesucht werden und die Neugier wecken.

Esther Diener-Morscher

Wenn Sie hier zu lesen beginnen, haben der Titel und der Einleitungstext dieses Artikels ihr Ziel erreicht: Die genannten Reizwörter haben Ihre Neugier geweckt. Sie möchten mehr lesen.

Schlagzeilen, die den Leser provozieren und seinen Blick auf sich ziehen sollen, gibt es, seit es Boulevardzeitungen gibt. Schon bei den gedruckten Zeitungen hing der Verkauf von der richtigen Schlagzeile ab.

Vor 30 Jahren stellte der Psychologe George Loewenstein die These auf, dass sich die Menschen am meisten für Dinge interessieren, die ihnen bereits einigermaßen, aber noch nicht vollständig bekannt sind. Völlig Unbekanntes weckt kaum plötzliche Beachtung. Und bei Altbekanntem ist der Reiz, Neues zu erfahren, gering.

Eine Schlagzeile ist gemäss dieser These am spannendsten, wenn sie nicht kompliziert oder unverständlich ist, aber auch nicht alles zum Inhalt des Artikels verrät. Die grösste Neugier wecken Titel, die zwar einen Teil verraten, aber trotzdem rätselhaft sind. Besonders für die Boulevard-Presse wichtig sind auch Sensation und Emotion.

Der Hund und die Knef

In den 1970er-Jahren, einer Blütezeit der Boulevard-Medien, ging man davon aus, dass ein Titel wie «Deutscher Schäferhund leckte Hildegard Knef den Krebs weg» sämtliche Kriterien einer perfekten Schlagzeile für die deutsche «Bild»-Zeitung erfüllen würde.

Heute müssen Schlagzeilen nicht mehr die Passanten am Kiosk überzeugen, sondern die Leser und Leserinnen von Newslettern. Und vor allem auch die Internet-Suchmaschinen. Diese sind nicht neugierig, sondern reagieren automatisch auf Wörter. Sind oft gesuchte Wörter im Titel enthalten, ist die Chance grösser, dass der Artikel weiterverbreitet wird.

Einer der meistgelesenen Artikel auf Infosperber war «Impfstoffe: Knebelverträge sollten 10 Jahre geheim bleiben». Dicht gefolgt von: «Mit Tiefpreisen führt die Migros ihre Kunden hinter Licht».

Impfstoffe, geheim, Tiefpreise und Migros: das sind Wörter, die für viele Klicks sorgen. Weil sie in den Suchmaschinen oft gesucht werden. Nimmt man die Reizwörter aus den meistgelesenen Infosperber-Beiträgen und fügt sie zu einer Schlagzeile zusammen, würde diese lauten: «Trotz Novartis-Impfstoff: Trump steckt Putin in der Migros mit Corona an».

«Jekami» und «Pankreas» sind hingegen keine gefragten Schlüsselbegriffe. Das hat auch Infosperber erlebt. Ein Artikel, der unter dem Titel «Jekami: Spitäler gefährden fahrlässig Pankreas-Patienten» erschien, wurde mässig gelesen, obwohl er ein brisantes Thema ansprach. Der Titel enthielt wohl zu viel Unbekanntes.

Erst als der Artikel unter dem neuen, weniger komplizierten Titel «Diese Spitäler operieren zu wenig und gefährden Patienten» veröffentlicht wurde, stiess er auf mehr Interesse bei den Leserinnen und Lesern.

Bei Infosperber war es der Autor, der fand, dass der Titel zu wenig attraktiv sei und ihn dann änderte. Bei Tamedia ist die Titel-Optimierung automatisiert: Ein KI-Werkzeug schlägt den Journalisten eine Reihe von Überschriften und Begriffen vor, die bei Suchmaschinen wie Google dafür sorgen sollen, dass der Artikel bei Abfragen möglichst auf der ersten Seite erscheint.

Hohe Erwartungen – grosse Enttäuschung

Mit der attraktiven Schlagzeile allein ist es allerdings nicht getan. Titel, die Aufmerksamkeit heischen, dann aber im Text ihr Versprechen nicht halten, heissen «Clickbaiter» – Klickköder. Sie erzeugen zwar viele Klicks, aber auch grosse Enttäuschung. Der «Blick» schrieb zum Beispiel: «Popstar in Geldnot? Justin Bieber äussert sich zu Pleitegerüchten». Im Artikel stand dann, dass es tatsächlich ein Gerücht sei und der Popstar keine finanziellen Probleme habe.

Infosperber macht nun die Probe aufs Exempel: Führen die Schlüsselwörter im Titel tatsächlich zu mehr Lesern und Leserinnen? Oder lassen sich Infosperber-Leserinnen und -Leser nicht ködern?

Sie lesen die Antwort – Achtung Klickköder! – demnächst hier.



In atemberaubendem Tempo hat Donald Trump wesentliche Pfeiler der Demokratie niedergerissen. © rostock / Depositphotos

US-Demokratieabbau ist «beispiellos in der modernen Geschichte»

Die USA befinden sich im demokratiepolitischen Krebsgang. Das zeigen jetzt auch wissenschaftliche Untersuchungen.

Jürg Müller-Muralt

Die USA sind keine liberale Demokratie mehr: Dies bestätigen die jährlich publizierten Demokratie-Ratings. So etwa der V-Dem-Democracy-Report 2026 des schwedischen V-Dem Instituts (Varieties of Democracy, Universität Göteborg) für das Beobachtungsjahr 2025. Gemäss der Definition des Instituts muss eine liberale Demokratie nicht nur freie und kompetitive Wahlen durchführen, sondern unter anderem auch Rechtsstaatlichkeit, Medienfreiheit, individuelle Freiheitsrechte und starke institutionelle Begrenzungen der Exekutive gewährleisten.

«Aggressive Machtkonzentration»

Und genau hier hapert es besonders: «Präsident Trumps zweite Amtszeit zeichnet sich durch eine schnelle und aggressive Machtkonzentration beim Präsidenten aus», heisst es im Bericht. Die Geschwindigkeit des Rückbaus der amerikanischen Demokratie bezeichnet das V-Dem-Institut als «beispiellos in der modernen Geschichte». Die bürgerlichen Freiheitsrechte, die Gleichheit vor dem Gesetz sowie die Meinungsäusserungs- und Medienfreiheit seien «heute auf dem tiefsten Stand seit 60 Jahren».

Ein Blick ins V-Dem-Dataset zeigt auch, wie rasch die USA im Demokratie-Ranking zurückgefallen sind: 2024 lagen die Vereinigten Staaten noch auf Rang 20 von 179 Ländern, 2025 auf Platz 51 (hier die Berechnungsmethode des Liberal Democracy Index im V-Dem-Dataset). Donald Trump hat seine zweite Amtszeit

am 20. Januar 2025 angetreten. Er hat also nicht einmal ein ganzes Jahr gebraucht, um die demokratische Substanz seines Landes erheblich zu beschädigen.

Ungarn noch spektakulärer, aber langsamer

Dieses Tempo ist atemberaubend. Betrachtet man allerdings den gesamten Demokratie-Rückbau, gilt in den vergangenen rund 15 Jahren eine andere, einst liberal-westliche Demokratie als Muster: Ungarn. Der im vergangenen Jahr publizierte Report (V-Dem Democracy Report 2025) bezeichnet Ungarn ausdrücklich als «incremental rolling back of checks and balances», also als schrittweisen Abbau der gegenseitigen institutionellen Kontrollen. Victor Orbán kam 2010 mit einer parlamentarischen Zweidrittelmehrheit an die Macht. Betroffen vom Rückbau waren alle demokratierelevanten Bereiche: Verfassung, Justiz, Wahlkreise und Wahlrecht, Medien, Wirtschaft, Zivilgesellschaft.

Das Tempo der Autokratisierung ist wohl der wichtigste Punkt beim Vergleich zwischen Ungarn und den USA: Orbán war insbesondere deshalb für lange Zeit erfolgreich, weil er die Institutionen so langsam umbaute, dass der Prozess lange innerhalb der demokratischen (Schein-)Legalität stattfinden konnte und schliesslich selbstverstärkend wirkte. Der V-Dem-Report bezeichnet Ungarn deshalb als Paradebeispiel zeitgenössischer Autokratisierung. Orbáns systematisches Vorgehen unterscheidet sich also deutlich von Trumps impuls gesteuerten Aktionen, wie etwa sein Rachefeldzug gegen missliebige Medien.

Immerhin macht das Beispiel Ungarn klar, dass Autokratien meist nicht so stabil sind, wie sie scheinen: Trotz der weitreichenden autokratischen Kontrolle über Medien, Wahlrecht und Justiz kollabierte das System Orbán an einer Kombination aus akuten Krisen, vor allem auch wirtschaftlicher Art, und wegen des geschickten Herausforderers Péter Magyar. Orbán wurde bei der Parlamentswahl im April 2026 abgewählt.

Globaler Niedergang der Demokratie

Auch andere Demokratie-Ratings sehen die USA klar auf dem absteigenden Ast. So etwa der im September 2026 erschienene Bericht «Global State of Democracy 2026» des International Institute for Democracy and Electoral Assistance (Idea) mit Sitz in Stockholm. Der Bericht kommt zum Schluss, dass der demokratische Rückschritt in Washington keine rein interne Angelegenheit der USA ist. Vielmehr werde die internationale Ordnung und die Bündnispolitik beschädigt, auf denen Europas Sicherheit beruht.

Der demokratische Niedergang der USA ist gemäss dem Bericht Teil eines umfassenderen demokratischen Rückbaus. 2025 verzeichneten 98 von 173 Ländern – also 57 Prozent – innerhalb eines Zeitraums von fünf Jahren bei mindestens einem demokratischen Faktor eine Verschlechterung, während sich nur 55 Länder verbesserten. «Damit war es das elfte Jahr in Folge, in dem mehr Länder eine Verschlechterung ihrer demokratischen Leistungsfähigkeit als eine Verbesserung verzeichneten», heisst es im Bericht.

Demokratie ist sicherheitsrelevant

Idea-Generalsekretär Kevin Casas-Zamora sagte in einem Interview mit «Politico»: «Was immer in den USA passiert, hat globale Auswirkungen, und ich denke, das ist eine der wirklich grossen Entwicklungen, die derzeit in der Welt stattfinden.» Denn die Angriffe auf demokratische Institutionen und die Zivilgesellschaft in den USA bestärken antidemokratische und autoritäre Strömungen in anderen Ländern. Casas-Zamora fordert deshalb, die Widerstandsfähigkeit der Demokratie als Sicherheitsfrage zu behandeln: «Der Schutz der Demokratie muss im Mittelpunkt der Sicherheitsagenda stehen und darf nicht nur eine Fussnote sein.»



YouTube

Tulsi Gabbard erhebt schwere Vorwürfe: «Der Deep State sabotiert den Frieden in der Ukraine»

uncut-news.ch, Oktober 14, 2026

Gezielte Geheimdienstlecks, manipulierte Medienberichte und das Schüren von Angst: Tulsi Gabbard, die frühere US-Geheimdienstkoordinatorin, wirft einflussreichen Kräften innerhalb des amerikanischen

Sicherheitsapparats vor, Friedensverhandlungen zwischen Russland und der Ukraine systematisch zu untergraben. Besonders brisant: Auch die EU und die NATO beschuldigt sie, eine direkte militärische Konfrontation zwischen Washington und Moskau anzustreben.

Die Vorwürfe stammen aus einer Rede, die Gabbard am 20. Dezember 2025 auf der AmericaFest-Konferenz in Phoenix hielt. Ihre Aussagen verbreiten sich derzeit erneut in den sozialen Medien. Der niederländische Nachrichtendienst NineForNews griff sie am 13. Oktober 2026 auf.



Gabbard erklärte, sie habe während der diplomatischen Bemühungen der Trump-Regierung ein wiederkehrendes Muster beobachtet. Immer dann, wenn sich Verhandlungsführer einer möglichen Friedensvereinbarung näherten, würden einflussreiche Kreise innerhalb des sogenannten Deep State versuchen, Fortschritte zu verhindern.

Die Methoden seien keineswegs neu. Nach Gabbards Darstellung würden Geheimdienstinformationen gezielt an ausgewählte Medien weitergegeben, um bestimmte politische Erzählungen zu verbreiten. Dadurch entstehe ein Klima aus Angst und öffentlicher Verunsicherung, das die Fortsetzung des Krieges rechtfertigen solle.

Besonders schwer wiegt ihr Vorwurf gegen die europäischen Verbündeten. Gabbard behauptete ausdrücklich, dass EU und NATO letztlich eine direkte militärische Konfrontation zwischen den Vereinigten Staaten und Russland anstrebten.

Für diese weitreichende Anschuldigung lieferte sie in der Rede allerdings keine öffentlich überprüfbaren Belege. NATO-Vertreter erklären ihrerseits, die militärische Unterstützung der Ukraine diene deren Verteidigung und solle eine dauerhafte Friedenslösung ermöglichen.

Geheimdienstinformationen als politische Waffe

Gabbards Kritik richtet sich insbesondere gegen die politische Nutzung geheimdienstlicher Erkenntnisse. Nach ihrer Darstellung könnten selektiv veröffentlichte Informationen dazu dienen, Verhandlungen zu behindern und die öffentliche Meinung zugunsten einer militärischen Eskalation zu beeinflussen.

Damit berührt sie eine grundlegende Frage: Wer kontrolliert die Informationen, auf deren Grundlage Regierungen Entscheidungen über Krieg und Frieden treffen?

Der politische Einfluss von Geheimdiensten und die Weitergabe vertraulicher Informationen an Medien gehören seit Jahrzehnten zu den umstrittensten Bereichen amerikanischer Aussenpolitik. Gabbard sieht darin einen Mechanismus, mit dem mächtige Akteure politische Entscheidungen beeinflussen könnten, ohne selbst demokratisch dafür verantwortlich zu sein.

Eisenhowers Warnung vor dem militärisch-industriellen Komplex

In ihrer Rede erinnerte Gabbard auch an die Abschiedsansprache von US-Präsident Dwight D. Eisenhower aus dem Jahr 1961. Dieser hatte vor einem übermässigen Einfluss des militärisch-industriellen Komplexes auf Regierung und Gesellschaft gewarnt.

Gabbard stellte einen Zusammenhang zwischen dieser historischen Warnung und den gegenwärtigen Konflikten her. Andauernde Kriege verursachten nicht nur enorme menschliche Verluste und finanzielle Belastungen, sondern könnten auch bürgerliche Freiheiten einschränken.

Die wirtschaftlichen Interessen der Rüstungsindustrie bilden dabei einen wichtigen Hintergrund. Milliardenaufträge für Waffen und Munition schaffen erhebliche Umsätze. Daraus allein lässt sich jedoch nicht ablei-

ten, dass einzelne Unternehmen oder Geheimdienstmitarbeiter nachweislich konkrete Friedensabkommen sabotiert haben.

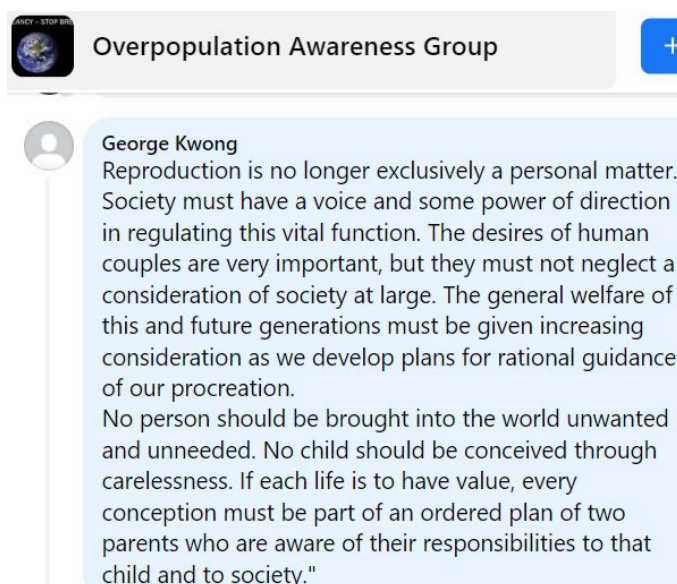
Frieden oder weitere Eskalation?

Gabbards zentrale Botschaft lautet, dass die amerikanische Bevölkerung aufmerksam verfolgen müsse, welche Interessen hinter politischen Entscheidungen und medialen Darstellungen stehen. Ihre Aussagen sind besonders bemerkenswert, weil sie aus der Führung des amerikanischen Geheimdienstapparats selbst kamen. Sie zeigen, wie tief die Auseinandersetzung über den Ukrainekrieg und den Umgang mit Russland auch innerhalb der Vereinigten Staaten reicht.

Der entscheidende Vorwurf Gabbards: Nicht allein die Konfliktparteien auf dem Schlachtfeld erschweren den Frieden. Sie sieht auch innerhalb des westlichen Machtapparats Kräfte am Werk, die von einer Fortsetzung des Krieges profitieren oder eine diplomatische Lösung verhindern wollen.

Quelle: <https://uncutnews.ch/tulsi-gabbard-erhebt-schwere-vorwuerfe-der-deep-state-sabotiert-den-frieden-in-der-ukraine/>

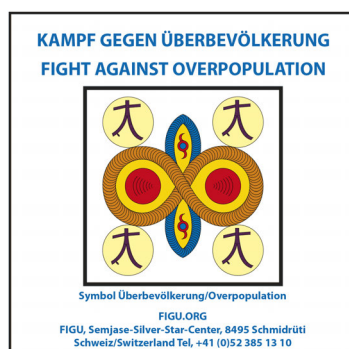
Facebook-Nutzer George Kwong: Reproduction is no longer exclusively a personal matter – Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit!



Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit. Die Gesellschaft muss bei der Regulierung dieser lebenswichtigen Funktion ein Mitspracherecht und eine gewisse Weisungsbefugnis haben. Die Wünsche der menschlichen Paare sind sehr wichtig, aber sie dürfen die Gesellschaft als Ganzes nicht ausser Acht lassen. Das allgemeine Wohlergehen dieser und künftiger Generationen muss bei der Entwicklung von Plänen für eine vernünftige Steuerung unserer Fortpflanzung verstärkt berücksichtigt werden. Kein Mensch sollte ungewollt und unbedarft auf die Welt gebracht werden. Kein Kind sollte durch Unachtsamkeit gezeugt werden. Wenn jedes Leben einen Wert haben soll, muss jede Zeugung Teil eines geordneten Plans von zwei Eltern sein, die sich ihrer Verantwortung für das Kind und die Gesellschaft bewusst sind.

George Kwong

Quelle: https://www.facebook.com/groups/136507913150251/posts/3119961688138177/?comment_id=3121554504645562¬if_id=1710329001813654¬if_t=group_comment



Über die Symbole der Schöpfungsenergielehre

Von Bernadette Brand, Schweiz

Grundsätzlich gilt: Jedes einzelne Symbol der Schöpfungsenergielehre ist absolut und völlig neutral, was auch für das Friedenssymbol gilt.

Ebenso grundsätzlich ist jedoch festzuhalten, dass jedes einzelne Symbol über eine eigene unverwechselbare und typische Formensprache verfügt, die es einzigartig macht. Zu dieser Formensprache gehören nicht nur die effektiven linearen Formen, sondern auch die Stellung des Symbols innerhalb des breiten schwarzen Rahmens, der für jedes Symbol unverzichtbar ist, sowie die Proportionen der Linienstärken und – wenn vorhanden, auch für die Farben – folglich also insgesamt für das individuelle Gesamterscheinungsbild jedes Symbolen, was nicht nur von Bedeutung, sondern sehr wichtig ist.

Bei der Formensprache handelt es sich um eine Art der archetypischen visuellen Kommunikation, durch die die unbewusste und bewusste Wahrnehmung des Betrachters angesprochen wird. Aufgrund des archetypischen jahrhunderttausende alten Wissens, das jedem Menschen aufgrund der in der «eigenen» Schöpfungsenergielinie gespeicherten Informationen zur Verfügung steht, nimmt sein Unbewusstes die «Botschaften» der Formensprache auf und beginnt sie aufgrund des in der Schöpfungsenergieform eingelagerten Wissens impulsartig zu interpretieren und richtig zu verstehen, wodurch dies dann entsprechende Impulse auslöst und diese an den alles überlagernden Bewusstseinskomplex weiterleitet und freigibt, der dann dem Symbol entsprechend zu reagieren beginnt und Assoziationen, Ideen und Reaktionen erzeugt, die im bewussten Bewusstsein aufgenommen und der Formensprache entsprechend verarbeitet sowie nach aussen als Handlung umgesetzt werden.

Jedes Symbol ist komplex und in sich absolut und in jeder Weise streng neutral und passiv. Es veranlasst also absolut nichts Negatives oder Positives im Bewusstsein des Menschen, sondern es ist explizit lediglich Ausdruck bzw. Träger bestimmter negativer, ausgeglichener oder positiver Informationen, deren Interpretationen durch den Menschen selbst erfolgen und geformt werden. Dies ergibt sich durch sein Denken, das durch die Einflüsse der Umwelt, wie Erziehung und gar Indoktrination aufkommt, das dann durch seinen gesamten Bewusstseinskomplex umgesetzt und gesteuert wird, und zwar präzise und entsprechend den Informationswerten des jeweiligen Symbols.



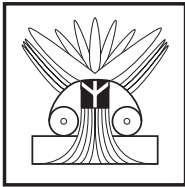
Das existierende und weltweit kursierende falsche «Friedenssymbol» mit der Todesrunen, das wahrheitlich einem «Todessymbol» und «Hasssymbol» entspricht, wurde im Jahr 1958 vom britischen Grafiker Gerald Holtom im Auftrag der britischen Kampagne zur nuklearen Abrüstung erdacht und erstellt, und zwar ohne Vorauskenntnis, dass sein Werk Böses, Krieg, Verbrechen, Leid, Elend, Tod und Zerstörung fordern wird.

So wurde es also absolut unausweichlich, dass das falsche «Friedenssymbol» – das keltische «Todesrunensymbol» – bis heute Spaltung, Unfrieden und Zerstörung hervorruft, wie

das täglich festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert und dieserart weltweit fälschlich genutzt wird und damit Unfrieden, Streit, Krieg, Terror und Tod verbreitet. Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Frieden, sondern mit Gewalt, Aggression, Zerstörung und Vernichtung zu tun hat.

Das Symbol «Tod, Todesexistenz», auf dem die Todesrunen fusst – assoziiert Spaltung, Unfrieden, Hass, Krieg, Terror, Mord und Zerstörung, wie das täglich in immer krasserer Form festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert wird und weltweit Verbreitung gefunden hat. Was sich seit der Entstehung dieses 1958 erfundenen «Todessymbols» mit der Todesrunen an bewaffneten Konflikten auf der Erde ergeben hat ist derart gravierend, wie es auf diesem Planeten zuvor niemals der Fall war. Es waren nämlich bis zum Monat Mai des Jahres 2024 deren 91 Aufstandskämpfe, Befreiungskriege, Besatzungskriege, Bürgerkriege, Grenzkriege, Invasionskriege, Religionskämpfe, Staatenkriege, Sezessionskriege, Terrorhandlungen und sonstige Waffenkonflikte zu verzeichnen, die viele Millionen Tote gefordert haben.

Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Wachstum, Fortschritt und Friedlichkeit zu tun haben kann, denn ein gestürzter Baum, dessen Krone zur Erde weist, ist der Inbegriff der Gewalt, des Endes, der Verrottung und des Sterbens. Da die meisten Menschen unkontrolliert denken, verarbeiten sie die archetypischen Informationen des Symbols auch in genau der Weise der Inhalte, die dieses Symbol umfänglich «umschreibt», weshalb sie dann unbewusst bzw. unkontrolliert und unbedacht alles dazu beisteuern, um den Sinn des Symbolen umzusetzen und Tatsache werden zu lassen, ohne dem Verderben und dem Ende von dem das Symbol «spricht» auch nur das Geringste entgegenzusetzen. Dadurch, dass sich jene gläubigen Menschen, die das Todessymbol als Friedenssymbol missinterpretieren, ihre eigenen Gedanken und Regungen nicht bewusst machen und diese nicht kontrollieren, machen sie sich zu Sklaven des Inhaltes des Symbols – das grundsätzlich völlig neutral einfach einen bestimmten Zustand oder Umstand «beschreibt», den sie ungewollt und gläubig umsetzen und Wirklichkeit und Tatsache werden lassen.



Gegensätzlich zum Symbol «Tod, Todesexistenz» beinhaltet das Symbol «Frieden» eine reiche und auf Wachstum hinweisende Formsprache, die genau wie alle anderen Symbole völlig neutrale archetypische Informationen beinhaltet, die jedoch auf ein friedliches und reiches Wachstum, wie auch auf Ruhe und Fortschritt bzw. Evolution hinweisen und diese Aussage abschliessend beinhalten. Der lebenspralle Baum, dessen Krone in den Himmel weist und der auf einer sprudelnden Quelle thront, verspricht blühendes Wachstum sowie Gedeihen – was durch die stilisierte Lotosblume versinnbildlicht wird, die der

Krone des Baumes entspringt – wodurch dieser zum eigentlichen Lebensbaum wird.

Die Betrachtung des Symboles weckt im Menschen friedliche und fortschrittliche Assoziationen und lässt diese hochkommen, wobei sie auf Gedeihen, Wachstum und eine reiche Ernte hinweisen, wodurch der Mensch wertvolle Regungen, Ahnungen und Ideen sowie Gedanken und ein Streben nach Friedlichkeit, Wachstum, Aufblühen und Fortschritt in sich auslöst und aufbaut, weil er sein eigenes untergründiges Wissen seiner Schöpfungslebensenergie anzapft und bestrebt wird, dieses laufend auf und auszubauen und es also evolutiv zu erweitern, dies einfach deshalb, weil der Mensch durch das Wahrnehmen des Symbols bewusst seinem klaren Verstand und seiner Vernunft mächtig wird, infolgedessen er die archetypische Information der Formsprache des Symboles aufnimmt und diese evolutiv verwertet, um alles in den Wert des diesbezüglich richtigen Handelns, Wirkens und Verhaltens umzusetzen.

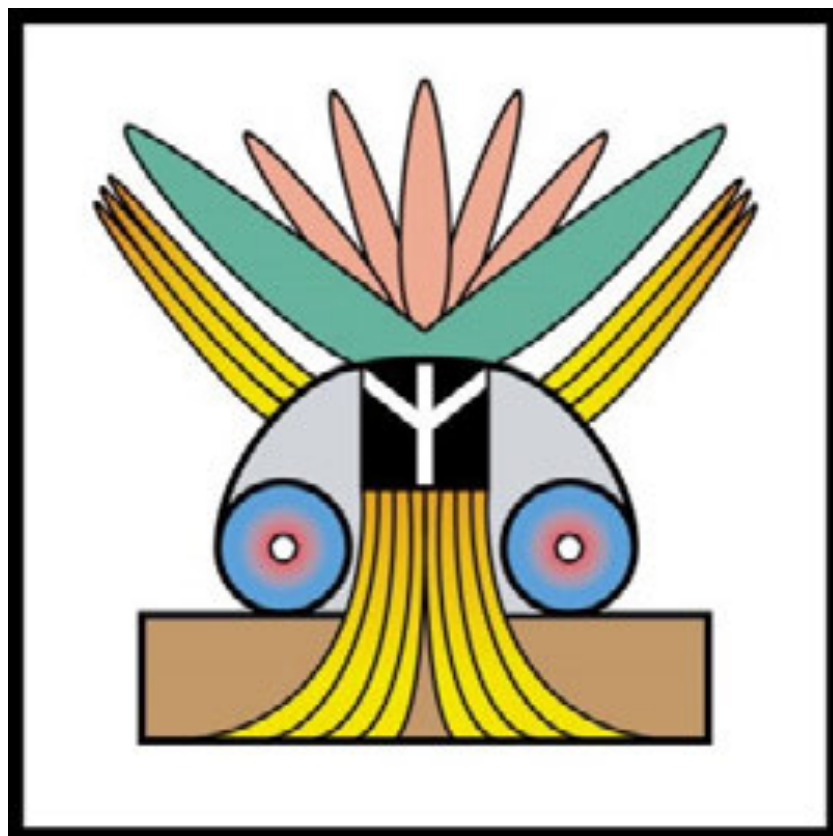
Verbreitet das richtige Friedenssymbol, denn es ist äusserst wichtig.



Das falsche Symbol, die Todesrune, schaffte Unfrieden, Hass und Unheil

**Nutzt euer Auto und klebt das richtige Friedenssymbol
darauf und verbreitet es!**

Fertigt das richtige Friedenssymbol zu Fahnen und lasst sie im Wind flattern.



Schöpfungsenergielehre-Symbol «Frieden»

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols



Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber

Größen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300x300 mm	= CHF	12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU

Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU-Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89

Wird auch im Internet veröffentlicht

Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3

IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: http://shop.figu.org



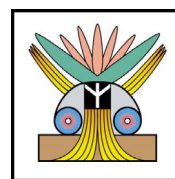
© FIGU 2026

Einige Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist, wo nicht anders
angegeben, lizenziert unter :

www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

**Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert senden
wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber
-----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.**



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz